

Geschäftsbericht 2014

**Bericht über das Geschäftsjahr 2014
der
Kreissparkasse Nordhausen**

Für das Vertrauen und die Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden bedanken wir uns herzlich. Unser Dank gilt weiterhin unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr persönliches Engagement sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Personalrates und unserer Gleichstellungsbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nordhausen, im März 2015

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

INHALT

Die Sparkasse und ihre Filialen	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	36
Jahresabschluss	37
Anhang	41
Verwaltungsrat und Vorstand	57
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	58

Kontaktdaten

Telefon: 03631 / 428 0
Telefax: 03631 / 428 428
Internet: www.kskndh.de
Mail: info@kskndh.de

Sparkassenfilialen

Nordhausen, Stadt

Grimmelallee	Grimmelallee 10, 99734 Nordhausen
Hauptstelle	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
Nord	Dr.-Robert-Koch-Straße 1, 99734 Nordhausen
Salza	Bochumer Straße 161, 99734 Nordhausen
SV Sparkassenversicherung	Töpferstraße 41, 99734 Nordhausen

Filialen im Landkreis

Bleicherode	Kirchstraße 3, 99752 Bleicherode
Ellrich	Am Markt 7, 99755 Ellrich
Heringen	Schulstraße 7, 99765 Heringen
Ilfeld	Ilgerstraße 16, 99768 Ilfeld
Neustadt	Burgstraße 4, 99762 Neustadt
Niedersachswerfen	R.-Breitscheid-Straße 1, 99762 Niedersachswerfen
Sollstedt	Am Markt 4, 99759 Sollstedt
Wipperdorf	Straße der Einheit 132, 99752 Wipperdorf

Selbstbedienungsstellen

Atrium-Passage	Bahnhofstraße 18, 99734 Nordhausen
Herkules-Markt	An der B4, 99762 Niedersachswerfen
Kleinfurra	Sandstraße, 99735 Kleinfurra
Nordhausen-Ost	Conrad-Fromann-Straße 50, 99734 Nordhausen
S-Shop im Marktkauf	Darrweg 67, 99734 Nordhausen
Südharz-Krankenhaus	Dr.-Robert-Koch-Straße 39, 99734 Nordhausen

Stand: 12/2014



Lagebericht

**zum 31. Dezember 2014
der Kreissparkasse Nordhausen**

Lagebericht

A Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1 Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2014 hat sich das weltweite Wirtschaftswachstum im Laufe des Jahres leicht beschleunigt und wuchs auf Jahressicht um 3,3 %. Haupttreiber war der asiatische Markt, insbesondere der Anstieg des chinesischen Bruttoinlandsprodukts. In den Industrieländern stützte eine expansive Geldpolitik das Wachstum; der Beitrag der Schwellenländer fiel aufgrund der Ankündigung der geldpolitischen Wende in den USA und des daraus resultierenden Abzugs von Kapitalanlagen aus diesen Ländern als auch aufgrund struktureller Engpässe geringer aus als in den Vorjahren. In Russland erwuchsen erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen aus dem politisch und militärisch eskalierten Konflikt in der Ukraine; gegen Jahresende litt Russland dann auch zunehmend unter dem Ölpreisverfall.

Der Euroraum blieb weiterhin anfällig. Zwar setzte sich hier zunächst die in 2013 begonnene Erholung fort, doch geriet sie im Frühjahr 2014 aufgrund der sich verdichtenden geopolitischen Risiken, z.B. der Ukraine-Konflikt, der Krieg der Terrororganisation „Islamischer Staat“ im Nahen Osten, die Ebola-Epidemie in Afrika etc., schon wieder ins Stocken. Innerhalb Europas verlief die Entwicklung dabei zunehmend differenziert: Die besonders von der Krise betroffenen Länder überraschten hingegen in vielen Fällen positiv. Während diejenigen Länder, die entschlossen Strukturreformen umgesetzt haben, wie etwa Spanien und Irland, wieder wuchsen, fiel die Wirtschaftsleistung Italiens im Vergleich zum Vorjahr.

Dank robuster Binnennachfrage und einer zum Jahresende hin stabilisierten konjunkturellen Lage liegt die deutsche Wirtschaft mit einem soliden Wachstum von 1,6 % im Vergleich zum den Euroländern insgesamt auch im Jahr 2014 vorn, der Abstand auf den Durchschnitt mit 0,9 % hat sich allerdings verringert. Jedoch hat Deutschland die konjunkturelle Schwächephase vor allem aufgrund des starken Wachstums gegen Ende des Jahres inzwischen rascher überwunden, als vielfach prognostiziert wurde. Getragen wurde die konjunkturelle Belebung von einem überaus positiven Konsumklima. Zurückzuführen ist dies maßgeblich auf die günstige Einkommens- und Beschäftigungssituation bzw. -perspektive. Steigenden Bruttoarbeitslöhnen von 3,8 % stand eine geringe durchschnittliche Preissteigerung von 0,8 % gegenüber, so dass das real verfügbare Einkommen spürbar zunahm. Eine nahezu unveränderte Sparquote von 9,2 % und ein weiterer Anstieg der Beschäftigung auf neue Höchststände führten zu steigenden Konsumausgaben. Aber auch Investitionen, Exporte und öffentlicher Konsum trugen zum Wachstum bei.

Der deutsche Staatssektor erzielte 2014 wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren einen leichten Finanzierungsüberschuss von 0,4 %. Zusammen mit dem nominalen BIP-Wachstum reduzierte dies die deutsche öffentliche Schuldenstandsquote spürbar, nach erster Rechnung von 76,9 % des BIP im Jahre 2013 auf nun 74,5 % Ende 2014.

Der niedrige Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland von 0,9 % ist vor allem auf die kontinuierliche Verbilligung des Rohöls zurückzuführen. Der Ölpreis hat sich im Laufe des zweiten Halbjahres mehr als halbiert. Die Jahresrate der Verbraucherpreise ging deshalb stetig zurück, lag im Dezember nur noch bei 0,2 %. Auf Ebene des Euroraums lag die Steigerungsrate der harmonisierten Verbraucherpreise im Jahresschnitt bei 0,4 %, im Dezember dagegen bei -0,2 %. Die Kernraten unter Herausrechnung des dramatischen Ölpreisverfalls liegen höher, so dass die Lage nicht als eine Deflation zu bewerten ist. Die Zielinflationen der Europäischen Zentralbank (EZB) von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“ sind auf absehbare Zeit nicht erreichbar.

Die deutsche Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2014 bei 6,7 % nach 6,9 % im Jahr 2013. Das ist der niedrigste Wert seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank in Thüringen im Jahr mit 0,4 %-Punkten stärker als im bundesweiten Trend. Zwar lag sie mit 7,8 % über dem Bundeswert, jedoch ist sie deutlich niedriger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die Eurozone ist auch 2014 das Hauptzielgebiet der Exporte, in das 36 % der thüringischen Ausfuhren gesendet wurden. Europa insgesamt erhielt 72 % der Ausfuhren Thüringens. Asien war mit 15 % die zweitgrößte Zielregion mit China als Hauptimporteur, zudem stellen die Nachbarn im Osten – Ungarn, Polen und Tschechien – wichtige Abnehmerländer dar.

Im Landkreis Nordhausen sank die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt stärker als im Thüringentrend von 10,4 % auf 9,6 %. Der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen setzte sich auch 2014 fort. Die Zahl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger betrug per Ende Juni 2014 85.217 Einwohner; 366 weniger als zum Vorjahresstichtag.

1.2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Da die Inflationsrate in Europa weiterhin unter dem Inflationsziel von 2 % lag, senkte die Europäische Zentralbank im Juni 2014 den Leitzins um 0,10 % auf 0,15 % und im September in einem weiteren Schritt auf 0,05 %. Der Satz für die Einlagefazilität wurde von 0 % zur Jahresmitte auf -0,1 % und im September auf -0,2 % gesenkt.

Vor dem Hintergrund mittel- und längerfristiger Inflationserwartungen kündigte die Europäische Zentralbank im vierten Quartal 2014 umfangreiche Wertpapierkäufe an. Diese Aussicht drückte die Anleiherenditen im Euro-Raum bereits im Vorfeld auf breiter Front; in mehreren Ländern wurden vorübergehend neue Tiefstände verzeichnet.

Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen sanken im Jahresverlauf kontinuierlich von ca. 2 % zum Jahresanfang auf ca. 0,55 % Ende Dezember 2014. Ab Jahresmitte wiesen Bundesanleihen mit einjähriger Restlaufzeit erstmals eine negative Rendite aus; zum Jahresende lagen die fünfjährigen Bundesanleihen bei ca. 0 %. Auch außerhalb des Euro-Raums gaben die Anleiherenditen angesichts der reichlichen Liquiditätsversorgung und der sinkenden Ölpreise nach. Die europäischen Dreimonatssätze lagen zu Jahresbeginn bei ca. 0,3 % und zum Jahresende bei ca. 0,1 %.

Die Aktienmärkte entwickelten sich in diesem Umfeld sehr volatil. Insbesondere die Ankündigung des Ankaufprogramms für Anleihen durch die Europäische Zentralbank löste eine verstärkte Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten aus. Zudem dürfte die Abwertung des Euro bei exportorientierten Unternehmen zusätzliche Gewinnerwartungen geweckt haben. Der europäische Leitindex Euro Stoxx 50 notierte mit einem Anstieg von 1,1 % auf Jahressicht bei 3.146 Punkten zum Jahresende. Nachdem der deutsche Leitindex DAX zur Jahresmitte die 10.000 Punkte-Marke überschritt, notierte er Mitte Oktober bei ca. 8.600 Punkten und setzte zum Jahresende seinen Schlusspunkt bei 9.806 Punkten, was einer Jahresperformance von 2,7 % entspricht.

1.3 Berichterstattung über die Branchensituation

Der EZB-Rat hat im Laufe des vergangenen Jahres eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die bereits zuvor schon sehr expansive Geldpolitik weiter zu lockern. Neben Zinssenkungen bis zur Nullzinsgrenze stellten sehr langfristige Refinanzierungsgeschäfte gezielt auf die Kreditvergabe der Banken an den privaten Sektor ab. Im Herbst wurden ergänzend auch zwei Programme für den Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere und gedeckter Schuldverschreibungen beschlossen sowie zusätzlich ein Programm zum breit angelegten Ankauf von Staatsanleihen verkündet, das im Jahr 2015 umgesetzt werden soll. Somit stehen im deutschen Bankensystem die Zinsspannen angesichts der niedrigen Zinsen und negativen Renditen weiter unter Druck. Der intensive Wettbewerb, Bankenregulatorik, Rechtsprechungen und Verbraucherschutz verhindern Margen- und Provisionsausweitungen, ebenso wie Überkapazitäten im deutschen Bankgewerbe. Die strukturelle Ertragsschwäche der deutschen Banken dauert somit an. Aus Sicht der Bundesbank bleiben die Banken damit anfällig gegenüber Krisen auf den Finanzmärkten und gegenüber einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase. Auf absehbare Zeit niedrige Zinsen können nach Ansicht der Zentralbank den Druck auf die Erträge, insbesondere den Zinsüberschuss, weiter steigern.

Der verstärkte Rückgriff der Unternehmen auf Finanzierungsquellen außerhalb des Bankensektors deutet auf strukturelle Anpassungen im deutschen Finanzsystem hin. So finanzieren sich Unternehmen verstärkt über die Emission von Anleihen. Daneben haben insbesondere die kleinen und mittelgroßen Unternehmen zunehmend ihre Gewinne einbehalten und so ihre Eigenkapitalbasis teils deutlich gestärkt. Durch den Rückgriff der Unternehmen auf neue Fremdkapitalquellen könnten sich aber auch Risiken außerhalb des Bankensektors aufbauen und die Stabilität des Systems gefährden.

Angesichts hoher regulatorischer Anforderungen haben deutsche Banken innerhalb der letzten Jahre ihre Eigenkapitalausstattung verbessert und ihr Bilanzvolumen verringert. So stieg das bilanzielle Eigenkapital gemäß Bilanzstatistik seit Mitte 2012 von 4,8 % auf 6 % im September 2014. Die Bilanzsumme reduzierte sich im gleichen Zeitraum um 10 %. Bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften war der Rückgang der Bilanzsumme wesentlich geringer als bei anderen Kreditinstituten.

Eine wesentliche Reform mit Blick auf die Finanzstabilität ist der Start der europäischen Bankenunion, deren wesentliche Säule am 4. November 2014 ihre Arbeit aufnahm - die gemeinsame europäische Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism: SSM). In diesem Zusammenhang wurden weitreichende Kompetenzen auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragen, die nun die direkte Aufsicht über die derzeit 123 als signifikant eingestuften Kreditinstitute des Euro-Raums übernommen hat; darunter 21 deutsche Institute. Bei den weniger bedeutenden Instituten (Less Significant Institutes: LSI) bleiben hingegen die nationalen Aufsichtsbehörden weiterhin für die direkte Aufsicht zuständig. Gemessen an der Institutszahl und der Bilanzsumme stellt Deutschland mit knapp 1.700 entsprechenden Kreditinstituten nahezu die Hälfte der weniger bedeutenden Banken im SSM. Ziel des SSM ist unter anderem, die bislang national unterschiedlichen Aufsichtspraktiken in Europa zu harmonisieren und in einen einheitlich hohen Aufsichtsstandard zu überführen.

Daneben sind auch die Bestrebungen, Banken möglichst ohne Gefährdung der Finanzstabilität oder den Einsatz von Steuergeldern zu sanieren bzw. gegebenenfalls geordnet abwickeln zu können, weitergeführt worden. In diesem Zusammenhang wurde mit der Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) sowohl ein entsprechendes europäisches Abwicklungsgremium als auch ein einheitlicher bankenfinanzierter Abwicklungsfonds geschaffen. Unternehmerische Entscheidungsfreiheit und das Entstehen für die Konsequenzen werden somit wieder stärker zusammengebracht, ein zentraler Grundsatz in einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Die Umsetzung von Basel III bzw. des umfangreichen Gesetzeswerkes, bestehend aus einer Verordnung (Capital Requirements Regulation: CRR) sowie einer Richtlinie (Capital Requirements Directive IV: CRD IV), die daraus folgenden Anpassungen des Kreditwesengesetzes sowie die zugehörigen Verordnungen wie beispielsweise die Solvabilitätsverordnung und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung bündeln zahlreiche Kapazitäten.

Seit dem 1. August 2014 werden auf Euro lautende Überweisungen und Lastschriften von Unternehmen, öffentlichen Kassen und Vereinen aller Euro-Länder grundsätzlich nur noch im einheitlichen SEPA-Format abgewickelt. Ebenfalls nutzen bereits viele Privatpersonen die IBAN (International Bank Account Number). Die Umstellung auf dieses neue Format verlief reibungslos.

Die deutschen Banken verzeichneten bei ihren Kreditbeständen an Inländer einen Zuwachs von 1,3 %; in Thüringen wuchs der Bestand um 2,6 %. Haupttreiber waren jeweils die Bestandsanstiege bei Privatpersonen, die um 1,8 bzw. 3,3 % zulegten, während der Bestand an Unternehmenskrediten um 0,8 % bzw. 2,5 % stieg. Der Einlagenbestand stieg in Deutschland um 2,3 %; die Thüringer legten 3,4 % mehr als im Vorjahr bei Banken an. Während die Spareinlagen deutschlandweit um 0,4 % abnahmen, stiegen diese in Thüringen um 0,5 %; die Sichteinlagen stiegen nahezu im Gleichklang um 7,7 % bzw. 7,5 % zum Vorjahr.

Die Kundeneinlagen bei den deutschen Sparkassen wuchsen insgesamt um 2,5 %, die darin eingerechneten Sichteinlagen legten um 8,7 % zu. An neuen Krediten sagten die Sparkassen 1,9 % mehr als im Vorjahr zu. Dabei wuchsen die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbständige um 0,6 % und die für private Wohnungsbaufinanzierungen um 5,2 %. Unter Berücksichtigung erhöhter Tilgungsanteile ist der Kreditbestand insgesamt um 1,7 % gestiegen. Im Kundenwertpapiergeschäft wurde mit einem Nettoabsatz von 3 Mrd. Euro der beste Wert der letzten fünf Jahre erzielt. Besonders gefragt waren Investmentfonds und Aktien. Der Sachaufwand beträgt 0,62 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS), der Personalaufwand 1,09 % der DBS. Auf einen historisch niedrigen Wert sank die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Kernkapitalquote deutscher Sparkassen liegt im Durchschnitt bei 14,5 %.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Nordhausen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende, mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Nordhausen und wurde im Jahr 1841 gegründet. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Nordhausen; auf diesen erstreckt sich das Geschäftsgebiet. Grundlage für die Geschäftstätigkeit ist - neben den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen wie dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Thüringer Sparkassengesetz und der Thüringer Sparkassenverordnung - die Satzung der Kreissparkasse Nordhausen.

Der Landkreis Nordhausen haftete bis zum 18. Juli 2005 für die Erfüllung der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Kreissparkasse Nordhausen; für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für alle nach dem 18. Juli 2005 entstandenen Verbindlichkeiten haftet die Kreissparkasse Nordhausen mit ihrem gesamten Vermögen.

Weiterhin ist die Sparkasse als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses System ist als institutssichernde Einrichtung i. S. v. § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Es setzt sich aus den regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherheitsreserve der Landesbanken sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist in einem Haftungsverband zusammengeschlossen, so dass im Krisenfall das Gesamtvolumen aller Fonds für instituts-

sichernde Maßnahmen zur Verfügung steht. Der Haftungsverbund schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz.

Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, mit dem eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes ist spätestens für den 3. Juli 2015 zu rechnen. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft - nach rechtlicher und finanzieller Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung - als Einlagensicherungssysteme fortbestehen. Aktuell werden in der Sparkassenorganisation Gespräche zur Anpassung des Haftungsverbunds an die neuen Rahmenbedingungen geführt. Kernelement der EU-Einlagensicherung ist das Ansparen eines Zielvolumens (Ansparphase zehn Jahre) von 0,8 % der gedeckten Einlagen (Kundeneinlagen bis 100.000 € pro Kunde) in jedem gesetzlich anerkannten Einlagensicherungssystem.

Zur Stärkung des Verbundes der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkassen in der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen wurde das Verbundkonzept entwickelt und in Kraft gesetzt. Dies stellt in der Summe seiner Einzelbestandteile ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne eines Geschäftsmodells dar, das ausgehend von den Grundprinzipien des Sparkassenwesens auf die Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen, zunächst vorrangig der Sparkassen und der Landesbank, ausgerichtet ist. Das Verbundkonzept soll zur Stärkung der Ertragskraft, der Begrenzung von Risiko und Haftung sowie zur Wahrnehmung der Gruppe als wirtschaftliche Einheit beitragen. Durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt es insbesondere, die auf die Risikofrüherkennung und -prävention gerichtete Risikopolitik und die Sicherungseinrichtungen in Ergänzung der Entwicklung auf der Bundesebene an die neue Situation und die Risikotragfähigkeit der Gruppe in geeigneter Form anzupassen.

Die Kreissparkasse Nordhausen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main/Erfurt.

2 Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

2.1 Geschäftsentwicklung insgesamt

Die dargestellten Rahmenbedingungen führten zu einem zufriedenstellenden Geschäftsjahr 2014. Die Entwicklung der Bilanzsumme übertraf die Erwartungen aus dem Prognosebericht des Vorjahres.

Geschäftsentwicklung	2014	2013	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Geschäftsvolumen ¹	1.065,5	1.034,7	30,8	3,0
Bilanzsumme	1.053,4	1.021,2	32,2	3,2
Forderungen an Kreditinstitute	1,2	17,9	-16,7	-93,3
Kundenkreditvolumen ²	556,4	519,4	37,0	7,1
Eigenanlagen ³	451,5	433,8	17,7	4,1
Beteiligungen	10,6	10,6	0,0	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,8	5,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	69,7	73,4	-3,7	-5,0
Kundeneinlagen ⁴	858,9	849,4	9,5	1,1
Eigenkapital (Sicherheitsrücklage)	64,9	63,4	1,5	2,4
Depotvolumen ⁵	119,8	103,0	16,8	16,3

¹ Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Bilanzposition Aktiva 4 zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

³ Summe aus Bilanzpositionen Aktiva 5 bis 6a

⁴ Summe aus Bilanzpositionen Passiva 2, 3, 9 und 10

⁵ der bei der Dekabank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführten Depots

Die regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahresverlauf wiederholt positiv auf den Geschäftsverlauf im Kerngeschäft (Kundeneinlagen, Kundenkreditvolumen, Dienstleistungen) ausgewirkt. Die zugeflossenen Kundeneinlagen sowie die aus der Reduzierung von Interbankengeldern frei gewordenen Mittel wurden in kapitalmarktorientierte Anlagen investiert und ermöglichten die Ausweitung des Kundenkreditvolumens. Durch diese Ausweitungen erhöhte sich im Berichtsjahr die Bilanzsumme um 32,2 Mio EUR oder 3,2 % auf 1.053,4 Mio EUR; das Geschäftsvolumen stieg um 30,8 Mio EUR bzw. 3,0 % auf 1.065,5 Mio EUR.

2.2 Kreditgeschäft

Bei dem bilanziellen Kreditvolumen an Kunden (inklusive Eventualverbindlichkeiten) konnten die Bestandsrückgänge durch Neuausreichungen überkompensiert werden. Der Anstieg des Kundenkreditvolumens auf 556,4 Mio EUR fiel unter Berücksichtigung einer Teilauflösung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB mit 37 Mio EUR bzw. 7,1 % höher als erwartet aus. Im Berichtsjahr 2014 wurden 36,6 Mio EUR an Krediten für Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Die Neukreditvergabe an diese Kundengruppe lag dabei unter dem Vorjahresniveau. Ursächlich war im Wesentlichen die zurückhaltende Nachfrage nach Investitionskrediten bzw. konnten Unternehmen und Selbständige Investitionen aus ihrem Cash-Flow bzw. Eigenkapital tätigen. Die Neuausreichungen konnten die Tilgungen und Rückführungen jedoch nicht wie erwartet kompensieren. Dies führte zu einem Rückgang des Bestands an Unternehmenskrediten von 2,6 Mio EUR bzw. 0,8 % auf 304 Mio EUR. Die Kredite gegenüber der öffentlichen Hand legten leicht um 0,3 Mio EUR bzw. 1,1 % auf 27,5 Mio EUR zu.

Erfreulich entwickelten sich weiterhin die Darlehenszusagen an Privatpersonen. Sie lagen mit 55,3 Mio EUR um 18,3 % über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür waren die Zusagen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft, die um 30,6 % auf 39 Mio EUR gesteigert werden konnten. Trotz hoher Tilgungsleistungen und des anhaltenden Wettbewerbs erhöhte sich der Bestand an privaten Darlehen um insgesamt 21,3 Mio EUR bzw. 10,3 % auf 228,6 Mio EUR. Dies übertraf unsere Erwartungen deutlich.

2.3 Eigenanlagen

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres nahmen wir zum Anlass, in den Bereich der Eigenanlagen mehr als geplant zu investieren. Der Wertpapierbestand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 17,7 Mio EUR bzw. 4,1 % auf 451,5 Mio EUR. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde dabei im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase um 86,1 Mio EUR bzw. 32,4 % auf 180 Mio EUR reduziert. Der Aktienbestand sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich um insgesamt 103,8 Mio EUR bzw. 61,9 % auf 271,5 Mio EUR; ursächlich hierfür waren vor allem Investitionen in den Spezialfonds- und Investmentfondsbestand.

Die Eigenanlagen sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt 2,3 Jahre nach 2,5 Jahren im Vorjahr.

Zwischen den Bilanzstichtagen verringerten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 16,7 Mio EUR auf 1,2 Mio EUR im Wesentlichen bedingt durch die Investitionen in die Eigenanlagen.

2.4 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr wurde die Beteiligung an der Business and Innovation Centre Nordthüringen GmbH an die kommunalen Gesellschafter veräußert sowie die Anteile an der Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagenverwaltungsgesellschaft mbH reduziert. Der Bestand an Beteiligungen der Sparkasse beläuft sich weiterhin auf rund 10,6 Mio EUR.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich nicht zum Vorjahr. Der Bestand beträgt weiterhin 5,8 Mio EUR.

2.5 Sachanlagen/Investitionen

Größere bauliche Investitionen erfolgten im Berichtsjahr nicht. Entsprechend unserer Planung führten wir Modernisierungs-, Renovierungs- und Arrondierungsmaßnahmen im Gebäudebestand sowie Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in technische Anlagen, die EDV und die Büro- und Geschäftsausstattung durch. Der Bestand an Sachanlagen verminderte sich nach planmäßigen Abschreibungen von 1,8 Mio EUR um insgesamt 1,4 Mio EUR bzw. 6,3 % auf 20,7 Mio EUR.

2.6 Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2014	2013	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	856,4	843,9	12,5	1,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,5	5,5	-3,0	-54,5
Gesamt	858,9	849,4	9,5	1,1

Die gesamten Kundeneinlagen entwickelten sich im erwarteten Bereich. Wie im vorjährigen Prognosebericht dargelegt, stiegen die Kundeneinlagen leicht um 9,5 Mio EUR bzw. 1,1 % auf 858,9 Mio EUR an. Maßgeblich dafür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 12,5 Mio EUR bzw. 1,5 % auf 856,4 Mio EUR. Im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements verminderte sich der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten um 3 Mio EUR bzw. 54,5 % auf 2,5 Mio EUR.

Vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung und der Wettbewerberangebote bevorzugten unsere Kunden - wie in den Vorjahren - Sicht- und Sparanlagen mit kurz- und mittelfristigem Charakter. Der Bestand an täglich fälligen Sichteinlagen erhöhte sich um 15,9 Mio EUR bzw. 3,3 % auf 500,6 Mio EUR. Stark rückläufig waren wiederholt Anlagen in Sparbriefen. Insgesamt reduzierte sich der Bestand an anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist erwartungsgemäß um 13 Mio EUR bzw. 54,9 % auf 10,7 Mio EUR. Demgegenüber stieg durch Umschichtungen der Bestand an normal- und höherverzinslichen Spareinlagen um 9,7 Mio EUR bzw. 2,9 % auf 345,1 Mio EUR.

Aufgrund der Marktentwicklungen verringerten wir wie erwartet die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; sie wiesen einen um 3,7 Mio EUR bzw. 5 % reduzierten Bestand von 69,7 Mio EUR auf.

2.7 Eigenkapital

Nach Feststellung des Jahresüberschusses 2013 und der Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, in Höhe von 594 TEUR konnte die Sicherheitsrücklage im Berichtsjahr 2014 um 1,5 Mio EUR bzw. 2,4 % auf 64,9 Mio EUR erhöht werden. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2014 sollen nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands vom Jahresüberschuss in Höhe von 2,1 Mio EUR insgesamt 1,5 Mio EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 594 TEUR an den Träger ausgeschüttet werden. Die Sicherheitsrücklage wird somit nach erfolgter Ausschüttung 66,4 Mio EUR betragen.

Ab dem Berichtsjahr 2014 sind für die Eigenmittelanforderungen die Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) maßgeblich. Als Kernkapital stehen der Kreissparkasse Nordhausen am 31. Dezember 2014 die Sicherheitsrücklage und der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Verfügung. Neben dem Kernkapital verfügt die Kreissparkasse Nordhausen noch über ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das anrechenbare Ergänzungskapital besteht zum 31. Dezember 2014 aus Teilen der Vorsorgereserven nach § 340f HGB, welche im Rahmen der Übergangsregelung der Art. 483 ff. CRR bzw. als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62c) CRR angerechnet werden können. Im Vorgriff auf die anstehenden gesetzlichen Änderungen der Eigenkapitalvorschriften verzichtet die Sparkasse bereits seit Mitte 2013 auf den Ansatz der vorhandenen nicht realisierten Reserven in Wertpapieren und Investmentanteilen als Bestandteil des haftenden Eigenkapitals.

Die Eigenmittel nach Art. 72 CRR und die anrechenbaren Eigenmittel i.S. von Art. 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR stellen sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

Eigenmittelermittlung	2014 in Mio EUR
Posten des harten Kernkapitals bzw. hartes Kernkapital gemäß Artikel 50 CRR	84,0
abzgl. Abzüge vom harten Kernkapital	2,6
= Kernkapital gemäß Artikel 25 CRR	81,4
Vorsorgereserven nach § 340f HGB als allgemeine Kreditrisikoaussparungen gemäß Artikel 62 c) CRR	7,7
Vorsorgereserven nach § 340f HGB im Rahmen der Übergangsregelung der Artikel 483 ff CRR	14,6
abzgl. Abzüge vom Ergänzungskapital	0,8
= Ergänzungskapital gemäß Artikel 71 CRR	21,5
Eigenmittel gemäß Artikel 72 CRR	102,9
= anrechenbare Eigenmittel gemäß Artikel 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR	102,9

Am 31. Dezember 2013 betrug das haftende Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 KWG 105,5 Mio EUR und das Kernkapital gemäß § 10 Abs. 2a KWG, bestehend aus der Sicherheitsrücklage (63,4 Mio EUR) und dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (17,1 Mio EUR) unter Berücksichtigung der Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2 KWG 80,4 Mio EUR. Als Ergänzungskapital waren die Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 25,1 Mio EUR anrechenbar. Durch die beschränkte und übergangsweise Anrechnungsfähigkeit der Vorsorgereserven nach § 340f HGB erfolgte zum 31. Dezember 2014 die Umwidmung von 18,3 Mio EUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Bei einem Gesamtforderungsbetrag in Höhe von 687 Mio EUR (Art. 92 Abs. 3 CRR; davon 616,7 Mio EUR Adressenrisiken, 59,4 Mio EUR operationelle Risiken und 10,9 Mio EUR Marktpreisrisiken) verfügt die Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2014 über eine Gesamtkennziffer gemäß CRR von 15,0 % und eine Kernkapitalquote von 11,9 %. Ende 2013 betrugen die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung (SolV - Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholding-Gruppen) 18,9 % und die Kernkapitalquote 14,4 %. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

2.8 Depotvolumen

Der Depotkontenbestand der von der Sparkasse betreuten bzw. geführten Depots verminderte sich um 345 Stück auf 5.612 Stück; das Volumen im Wertpapierkommissionsgeschäft der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt am Main und Luxemburg sowie der bei der S Broker AG & Co. KG bestehenden Depots betrug Ende 2014 insgesamt 119,8 Mio EUR und lag um 16,8 Mio EUR bzw. 16,3 % über dem Vorjahr.

Entgegen unserer Erwartung war der Wertpapierumsatz stark rückläufig; er ging um 16,1 Mio EUR bzw. 28,1 % auf 41,2 Mio EUR zurück. Die Entwicklung ist maßgeblich auf die niedrigen Verkaufstätigkeiten der Kunden im Bereich festverzinslicher Anleihen und Investmentfonds sowie der stark rückläufigen Umsatzentwicklung bei einzelnen Aktien zurückzuführen.

Umsatzentwicklung Depotgeschäft*	2014	2013	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Festverzinsliche Wertpapiere	24,7	31,3	-6,6	-21,1
Aktien und Optionsscheine	1,5	7,5	-6,0	-80,0
Investmentfonds	15,0	18,5	-3,5	-18,9
Gesamt	41,2	57,3	-16,1	-28,1

* bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführte Depots

2.9 Dienstleistungsgeschäft

Insgesamt betreut die Sparkasse rd. 115.000 Konten. Trotz des anhaltenden Einwohnerrückgangs konnten die Privatgirokonten auf 45.322 Stück (Vorjahr: 45.042 Stück) gesteigert werden. Unseren Kunden steht mit 17 Standorten (inkl. Hauptstelle) im Landkreis Nordhausen ein flächendeckendes Netz an mitarbeiterbesetzten Filialen bzw. Selbstbedienungsfilialen, ein sparkasseneigenes CallCenter mit einer werktäglichen Erreichbarkeit von 8 bis 18 Uhr sowie 24 Stunden am Tag die Internetfiliale www.kskndh.de für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte zur Verfügung. Im Landkreis Nordhausen hält die Sparkasse 38 Geldautomaten – davon 11 mit Ein- und Auszahl- und einer mit Kontoauszugsdruckfunktion, 47 Multifunktionsterminals für Überweisungen und Kontoauszugsdrucke sowie zwei Münzeinzahlungsautomaten für ihre Kunden vor.

Das Verbundgeschäft entwickelte sich im vergangenen Geschäftsjahr differenziert. Wesentliche Gründe hierfür sehen wir in dem Sicherheitsbedürfnis unserer Kunden nach der Finanzmarktkrise und dem niedrigen Zinsniveau. Das Umsatzvolumen im Wertpapiergeschäft ging entgegen unseren Erwartungen zurück. Im Leasingbereich konnten unsere Erwartungen erfüllt werden, ebenso im Versicherungsgeschäft, das die Sparkasse seit Oktober 2001 als Generalagentur der Sparkassenversicherung im Landkreis Nordhausen betreibt. Die Vermittlungen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen lagen im Berichtsjahr unter unseren Erwartungen; ebenso wie das Ergebnis aus der Vermittlung von Immobilien.

Das Kreditkartengeschäft mit Mastercard- und Visa-Kreditkarten konnte weiter ausgebaut werden; insgesamt erhöhte sich der vermittelte Kartenbestand auf 6.559 Stück. Gegenüber dem Vorjahresende ergab sich ein Bestandsanstieg von 217 Karten.

3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse beschäftigte zum Bilanzstichtag 252 (Vorjahr: 267) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 98 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 95) und 16 Auszubildende (Vorjahr: 18). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies einer Personalkapazität von 216 Beschäftigten (Vorjahr: 225). Altersteilzeitvereinbarungen bestehen bei fünf Beschäftigten (Vorjahr: 7); diese Beschäftigten befinden sich alle (Vorjahr: 7) in der Freistellungsphase. Die Personalstruktur ist mit 74,6 % (Vorjahr: 72,3 %) weiterhin von einem hohen Anteil weiblicher Bediensteter geprägt. Die Sparkassensonderzahlung (SSZ) wurde 2006 aufgrund des umgesetzten Tarifvertrages (TVöD) eingeführt und wird seitdem angewendet. Der variable Anteil fließt in einen individuell-leistungsbezogenen und einen unternehmens-erfolgsbezogenen Anteil ein. Alle unsere Auszubildenden schlossen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab.

Der sich weiter verschärfende Wettbewerb, technische Neuerungen und sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen erforderten und erfordern weiterhin die gezielte, an den spezifischen Anforderungen des Arbeitsplatzes orientierte Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Be-

schäftigten die variable Arbeitszeit und unterschiedliche Teilzeitmodelle nutzen. Zur Sicherung des zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Fach- und Führungskräften investiert die Sparkasse in ein Nachwuchsförderprogramm.

3.2 Gesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2014 hat die Sparkasse für die Förderung der Region in den Bereichen Kunst, Kultur, Umwelt, Sport, soziale Zwecke und Jugendarbeit insgesamt 196 TEUR zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung der Kreissparkasse Nordhausen förderte im Jahr 2014 Projekte mit einem Volumen von rund 84 TEUR.

4 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2014, gemessen am Betriebsergebnis vor und nach Bewertung, positiver als erwartet; der Jahresüberschuss nach Steuern stellt sich erwartungsgemäß nahezu auf Vorjahresniveau dar.

Entwicklung der Ertragslage	2014		2013		Veränderungen	
	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in %
Zinsüberschuss ¹	22,7	2,1	22,3	2,1	0,4	1,8
Provisionsüberschuss ²	6,9	0,7	6,8	0,7	0,1	1,5
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Personalaufwand	12,2	1,2	11,7	1,1	0,5	4,3
Sachaufwand	5,9	0,6	6,2	0,6	-0,3	-4,8
Saldo sonstige betriebliche Erträge / Aufwendungen ³	0,6	0,1	0,2	0,0	0,4	200,0
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1,8	0,2	1,9	0,2	-0,1	-5,3
Betriebsergebnis vor Bewertung	10,3	1,0	9,5	0,9	0,8	8,4
Bewertung / Risikovorsorge ⁴	4,0	0,4	4,8	0,5	-0,8	-16,7
Betriebsergebnis nach Bewertung	6,3	0,6	4,7	0,5	1,6	34,0
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Ertragssteuern	4,3	0,4	2,7	0,3	1,6	59,3
Jahresüberschuss nach Steuern	2,1	0,2	2,1	0,2	0,0	0,0
Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS)	1.058,9		1.043,2			

¹ GuV-Position 1 – GuV-Position 2 + GuV-Position 3

² GuV-Position 5 – GuV-Position 6

³ GuV-Position 4 + GuV-Position 8 + GuV-Position 9 – GuV-Position 12 - GuV-Position 17 - GuV-Position 24

⁴ GuV-Position 13 + GuV-Position 14 - GuV-Position 15 + GuV-Position 16 - GuV-Position 18

Der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse entwickelte sich tendenziell gemäß den Erwartungen, stieg mit 0,4 Mio EUR bzw. 1,8 % auf 22,7 Mio EUR jedoch nicht so stark an wie prognostiziert. Die Zinsaufwendungen enthielten wiederholt Ergebniseffekte für Ausgleichszahlungen für die vorzeitige Auflösung (Close-out) von Zinsswaps. Durch diese Maßnahme wird der Zinsaufwand zukünftiger Jahre verringert. Im Ergebnis sank der Zinsaufwand stärker als der Zinsertrag; die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren waren im Jahr 2014 rückläufig. Der Provisionsüberschuss stieg entgegen unseren Erwartungen nur geringfügig an, was vor allem auf das umsatzschwache Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist. Demgegenüber konnten die Erträge aus der Versicherungsvermittlung erwartungsgemäß gesteigert werden. Die Provisionserträge resultieren in erster Linie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere bedeutende Ertragseinnahmen sind das Kredit-, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) erhöhten sich um 0,2 Mio EUR bzw. 1,1 % auf 18,1 Mio EUR und lagen mit dieser geringen Steigerung unter unseren Planungsannahmen. Der Personalaufwand erhöhte sich, jedoch nicht so stark wie erwartet, um 0,5 Mio EUR bzw. 4,3 % auf 12,2 Mio EUR. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio EUR bzw. 1 % auf 9,8 Mio EUR an; die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung erhöhten sich um 0,3 Mio EUR bzw. 14,3 % auf 2,4 Mio EUR. Die Sachaufwendungen waren entgegen unseren Planungen um 0,3 Mio EUR bzw. 4,8 % auf 5,9 Mio EUR rückläufig. Ursächlich hierfür war insbesondere die Verschiebung geplanter Investitionen auf das neue Geschäftsjahr.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist einen positiven Betrag von 0,6 Mio EUR nach 0,2 Mio EUR im Vorjahr aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle Schadenersatzansprüche und das Spendenaufkommen der Sparkasse.

Der Gesamtaufwand (GuV-Positionen 10 bis 12) verringerte sich um 0,4 Mio EUR bzw. 1,8 % auf 21,3 Mio EUR. Die Erträge (GuV-Positionen 1 bis 9) stiegen um 0,3 Mio EUR bzw. 1 % auf 31,6 Mio EUR. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) reduzierte sich von 69,3 im Vorjahr auf 67,4.

Entwicklung Aufwands-/Ertragsrelation	2014	2013	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Gesamtaufwand (GuV-Pos. 10 bis 12)	21,3	21,7	-0,4	-1,8
Gesamtertrag (GuV-Pos. 1 bis 9)	31,6	31,3	0,3	1,0
Cost-Income-Ratio	67,4	69,3		

Die Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis nach Bewertung gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach § 340f HGB bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage, dem Bestand an Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken) zeigt folgende Entwicklung auf:

Entwicklung Eigenkapitalrendite	2014	2013	2012
	11,4 %	7,8 %	14,1 %

Per Saldo wurden im Jahr 2014 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 19,9 Mio EUR ausgewiesen (GuV 14) nach 2,4 Mio EUR Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu den Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV 13) im Vorjahr. Da seit Einführung der Kapitaladäquanzverordnung und –richtlinie CRR/CRD IV zum 1. Januar 2014 Vorsorgereserven nach § 340f HGB nur noch beschränkt und übergangsweise als Ergänzungskapital anrechnungsfähig sind (70 % im Jahr 2015), haben wir in Höhe von 18,3 Mio EUR eine Umwidmung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB vorgenommen. Die Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft nach § 340f HGB sowie die Position Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18) beinhalten die entsprechenden Umbuchungseffekte. Zudem führten wir im Jahr 2014 dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB im Hinblick auf die veränderten aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften 5,5 Mio EUR zu.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere fielen geringer aus als erwartet und betragen 0,1 Mio EUR nach 0,3 Mio EUR im Vorjahr.

Auf den zum Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapierbestand der Sparkasse erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr handelsrechtliche Ab- und Zuschreibungen. Entgegen unseren Erwartungen resultierte aus dem Wertpapiergeschäft (Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie des Anlagevermögens) in Summe eine Auflösung von Wertberichtigungen. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft waren wie erwartet leicht positiv.

Zusammen mit der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB reduzierten sich die gesamten Bewertungs- und Risikovorsorgeaufwendungen um 0,8 Mio EUR auf 4 Mio EUR. Die über verschiedene Kundensegmente und Branchen gestreuten Kreditausfallrisiken wurden angemessen abgeschirmt.

Entgegen unseren Erwartungen, die von einem Betriebsergebnis vor Bewertung auf Vorjahresniveau ausgegangen sind, waren die oben dargestellten Ergebniseffekte im Wesentlichen für den im Berichtsjahr ausgewiesenen Anstieg des Betriebsergebnisses vor Bewertung um insgesamt 0,8 Mio EUR auf 10,3 Mio EUR ursächlich. Das Betriebsergebnis nach Bewertung in Höhe von 6,3 Mio EUR liegt mit 1,6 Mio EUR über dem des Vorjahres. Nach Abzug des Steueraufwands von 4,3 Mio EUR nach 2,7 Mio EUR im Vorjahr weist die Sparkasse einen leicht unter dem Vorjahr (2.098 TEUR) liegenden Jahresüberschuss von 2.058 TEUR aus. Dies ermöglicht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, die nach Feststellung des Jahresabschlusses analog dem Vorjahr 594 TEUR, davon 94 TEUR für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag, betragen soll. Der verbleibende Betrag von 1.464 TEUR wird der Sicherheitsrücklage zugeführt, die sich somit auf 66,4 Mio EUR erhöht. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der branchenspezifischen Gegebenheiten ist der Vorstand der Sparkasse mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Es ist Ausdruck einer stetigen sowie vorausschauenden Geschäftspolitik.

5 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Nordhausen war im Geschäftsjahr 2014 wie in den Vorjahren aufgrund einer planvollen und vorausschauenden Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsverordnung nach § 11 KWG (LiqV) und die Mindestreservevorschriften dienen der Beschränkung des Abruftrisikos. Der Mindestwert für die Liquiditätskennzahl gem. LiqV beträgt 1. Die Sparkasse hat im Berichtsjahr diese Kennzahl stets erfüllt. Die zu den Stichtagen (Monatsultimo) ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Jahr 2014 zwischen 4,5 und 5,7. Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse auch für die absehbare Zukunft weiterhin jederzeit gesichert.

6 Vermögenlage

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und der Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung an den Träger von 594 TEUR wird die Sicherheitsrücklage der Sparkasse voraussichtlich 66,4 Mio EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die die Bestandteile des Kernkapitals bilden, verfügt die Sparkasse zusammen mit den verbliebenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, welche nach Feststellung des Jahresabschlusses 2014 ausschließlich als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62c) CRR dem Ergänzungskapital zugerechnet werden, über eine ausreichende Basis für die zukünftige Ausweitung des risikotragenden Geschäftes. Das Verhältnis der Eigenmittel gemäß Art. 437 CRR lag - bezogen auf die Summe der Eigenkapitalanforderungen nach Art. 438 CRR per 31. Dezember 2014 - mit 15 % deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Innerhalb der Bilanzstruktur ergaben sich zum Bilanzstichtag 2014 leichte Modifizierungen. Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Forderungen an Kunden mit einer Erhöhung auf 544,3 Mio EUR bzw. 51,7 % (Vorjahr: 505,8 Mio EUR bzw. 49,5 %) und die Eigenanlagen mit 451,5 Mio EUR bzw. 42,9 % (Vorjahr: 433,8 Mio EUR bzw. 42,5 %) die bedeutendsten Positionen dar. Auf der Passivseite beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 856,4 Mio EUR bzw. 81,3 % (Vorjahr: 843,9 Mio EUR bzw. 82,6 %), der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 69,7 Mio EUR bzw. 6,6 % (Vorjahr: 73,4 Mio EUR bzw. 7,2 %). Die verbrieften Verbindlichkeiten verminderten sich auf 2,5 Mio EUR bzw. 0,2 % (Vorjahr: 5,5 Mio EUR bzw. 0,5 %). Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Kreissparkasse Nordhausen ergaben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht.

C Risikobericht

1 Prinzipien im Umgang mit Risiken

Die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen der Sparkasse. In diesem Kontext hat das Risikomanagement und -controllingsystem zur Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebes qualifiziert und zeitnah zu identifizieren, permanent transparent und dadurch steuerbar zu machen. Die Steuerung der Risiken und des Kapitals erfolgt mithilfe einer Risikostrategie und eines daraus abgeleiteten Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen. In einem Risikohandbuch sind die Rahmengrundsätze zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Geschäftsrisiken dargelegt.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden und Entscheidungen möglichst objektiv treffen zu können, besteht eine funktionale und organisatorische Trennung von Marktfunktionen sowie risikosteuernden und überwachenden Funktionen, die den Vorstand mit einschließt und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird bzw. eine wirkungsgleiche unerwartete Entwicklung eintritt.

2 Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikobewertung, die Risikomessung, das Risikoreporting, die Steuerung der Risiken als Konsequenz von Bewertung, Messung und Reporting sowie die Risikokontrolle.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Geschäftsbereiche und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung. Dadurch wird es der Sparkasse ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der markt-mäßigen und organisatorischen Gegebenheiten zu reagieren. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einrichtung, Organisation und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems trägt der Gesamtvorstand. Er ist zugleich zuständig für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der Sparkasse unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten. Innerhalb der Risikomanagement-Organisation verabschiedet der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die Höhe des maximalen Gesamtrisikos und die Aufteilung der Risikoarten nach Marktpreisrisiken, Adressen- und operationellen Risiken. Teilrisiken in den jeweiligen Risikoarten verfeinern die Sicht.

Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken.

Die Risikobewertung aller Risiken hat das Ziel, eine erste Einstufung der Wesentlichkeit vorzunehmen, um die Risiken für den Einbezug in das Risikotragfähigkeitskonzept zu identifizieren. Weiterhin erfolgt die Festlegung der im Rahmen des Risikomanagements zu betrachtenden Risiken. Bei der Bewertung der einzelnen Risiken werden ggf. vorhandene Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt; Diversifikationseffekte werden bei der Aggregation der wesentlichen Risikoarten nicht unterstellt. Neben einer verbalen Beschreibung wird als Instrument der Risikobewertung die Risikokennzahl als erster Indikator für die Risikobewertung herangezogen. Sie ermittelt sich als Produkt aus Eintrittswahrscheinlichkeit, Risikobedeutung und Beherrschbarkeit. Weitere Risiken werden durch einen Puffer berücksichtigt.

Bei der Risikomessung werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale ermittelt und mit den festgelegten Schwellenwerten bzw. Limiten abgeglichen. Die Ergebnisse sind in den regelmäßig erstellten Reports dokumentiert. Einzelrisiken von erhöhter Bedeutung werden, insbesondere auch bei Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte bzw. Limite, dem Gesamtvorstand ad hoc zur Kenntnis gegeben.

Unter Risikosteuerung verstehen wir die Ermittlung der Risikoursachen, die Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung sowie die Durchführung von Maßnahmen, die die Risikovermeidung, -verminderung, -kompensation oder -akzeptanz aktiv beeinflussen.

Das Risikocontrolling quantifiziert und überwacht die Risiken. Als wesentliche Aufgabe darin sehen wir auch die Entwicklung eines einheitlichen und geschlossenen Risikosystems. Zu den Funktionen des Risikocontrollings gehören neben der Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite das Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche sowie die laufende Weiterentwicklung der entsprechenden Methoden und Prozesse nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Risikosysteme nutzt die Sparkasse die Synergieeffekte des Sparkassenverbundes. Die Funktionstrennung zwischen Steuerung und Überwachung ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall gewährleistet. Eng verbunden mit dem Risikocontrolling ist die Risikocontrolling-Funktion nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken verantwortlich ist. Sie ist dem Überwachungsvorstand zugeordnet.

Die einzelnen Risikoarten sind in ein institutsübergreifendes Unternehmenssicherungskonzept (USI) bzw. in das Risikohandbuch integriert, ergänzende Informationen in Organisationshandbüchern dokumentiert. Je nach Geschäftsfeld und Risikoart kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Die einzel-

nen Risikofaktoren werden dabei im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt. Bei einzelnen Risikoarten erfolgt eine Betrachtung mittels „Value-at-Risk“-Ansatz. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit der festgelegten Sicherheitswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Die Betrachtung der wesentlichen Risiken erfolgt über ein Stresstestprogramm.

3 Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung

Das Risikotragfähigkeitssystem ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Sparkasse; auf dieser Basis hat die Sparkasse die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit in der Geschäftsstrategie inklusive der Eigenhandels-, Beteiligungs-, Vertriebs- und Kostenstrategie festgelegt und daraus eine Risikostrategie sowie eine IT-Strategie abgeleitet. Die Risikostrategie enthält Aussagen zur allgemeinen Risikostrategie, zu Marktpreis-, Adressen- und Liquiditätsrisiken sowie zu operationellen Risiken. Die Risikostrategie wird ergänzt um die Teilrisikostrategie Kreditrisikostrategie.

Abgeleitet aus der Geschäfts- und Risikostrategie verfolgt die Sparkasse einen gewinn- und verlustorientierten Going-Concern-Ansatz. Dieser beinhaltet unter Einhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen eine Fortführung der Geschäftstätigkeit auch nach kompletter Aufzehrung des verwendbaren Risikodeckungspotenzials durch schlagend werdende Risiken. In regelmäßigen Abständen wird das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt bzw. überprüft, das zur Abdeckung von möglichen Verlusten herangezogen werden kann. Es gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe maximal Risiken im Rahmen unserer Geschäftspolitik eingegangen werden können. Durch Vergleich der eingegangenen Risiken mit dem festgelegten Risikodeckungspotenzial wird die übergreifende Risikotragfähigkeit der Sparkasse sichergestellt. Die Risikotragfähigkeitsanalyse steht im Einklang mit einer überlegten Geschäftspolitik und dient dem Schutz unserer Gläubiger und der Stärkung des Eigenkapitals.

Für alle wesentlichen Risikoarten wird, unter Berücksichtigung von Risiko- und Ertragskonzentrationen, über das Risikotragfähigkeitskonzept sichergestellt, dass die Sparkasse diese Risiken tragen kann. Die Quantifizierung des Risikodeckungspotenzials erfolgt periodenorientiert. Grundsätzlich besteht das gesamte periodenorientierte Risikodeckungspotenzial aus dem zum Jahresende geplanten bzw. erwarteten Betriebsergebnis vor Bewertung - ergänzt um positive oder negative erwartete Ergebnisbeiträge - und aus nicht benötigten Rücklagen. Zum Nachweis der Tragfähigkeit auch künftiger Risiken wird nicht das gesamte Risikodeckungspotenzial angesetzt. Die Risikotragfähigkeit in der periodischen Sichtweise wird auf Basis von Szenarien ermittelt und vierteljährlich überprüft. Aus der szenariobasierten Risikobetrachtung heraus (Stresstestprogramm) ergibt sich die Vierstufigkeit „Erwartungswert“, „Risikofall“ und „außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstest)“ mit dem Pflichtszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ sowie dem „Inversen Stresstest“.

Als Komponenten des Risikodeckungspotenzials im Risikofall stehen der Sparkasse das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung des aktuellen Jahres - ohne Berücksichtigung der Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften - und realisierte Gewinne sowie ggf. weitere freie Reserven zur Verfügung. Abgezogen hiervon werden das erwartete adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft, aus dem Eigengeschäft und aus Beteiligungen sowie die erwarteten operationellen Risiken, ein Mindestbetriebsergebnis, Planungsunsicherheiten und sonstige Ergebnisbelastungen wie z. B. ein negatives neutrales Ergebnis. Von diesem verwendbaren Risikodeckungspotenzial werden Risikopuffer für nicht in die Limitierung einbezogene Risiken und zur Vermeidung von laufenden Anpassungen der Verlustobergrenzen abgezogen. Die dem Risikodeckungspotenzial gegenüberzustellenden Risikowerte ergeben sich grundsätzlich aus der Abweichung der Szenarioergebnisse von den Erwartungswerten.

Nach Risikobedeutung und unter Berücksichtigung der gesteckten Unternehmensziele erfolgt die Aufteilung des Risikodeckungspotenzials auf die einzelnen Risikobereiche. Ausgehend von den Planwerten

zum Jahresanfang 2014 wurde zunächst ein Gesamtlimit von 41,2 Mio EUR verteilt, das zum ersten Quartal auf 45 Mio EUR erhöht wurde. Die Berechnung der unerwarteten Risiken mit Betrachtungszeitraum bis zum Jahresende 2014 führte zu den einzelnen Reportingstichtagen zu einer Auslastung des Gesamtlimits zwischen 33,5 % und 75,7 %. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar. Zum Bilanzstichtag 2014 wurde ein Gesamtlimit für unerwartete Risiken auf Sicht zum Jahresresultimo 2015 von 53,9 Mio EUR verteilt und eine Auslastung von 85,9 % ermittelt.

Im Rahmen der aE-Stresstests wird untersucht, wie sich wesentliche Risiken der Sparkasse unter Annahme von Stressszenarien darstellen. Um die Wirkung von aE-Stresstests zu verdeutlichen, wird eine Gegenüberstellung zum Risikodeckungspotenzial durchgeführt. Die Stressszenarien werden aus Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet („Historisches Szenario“) oder im Kontext des geschäftlichen Umfelds der Sparkasse als hypothetische Szenarien entwickelt („Boom“ und „Schwerer konjunktureller Abschwung“). Beim aE-Stresstest „Historisches Szenario“ berücksichtigt die Sparkasse die mit einem Risikoaufschlag versehenen relativ größten historischen negativen Ergebnisse der einzelnen Risikoarten. Das Szenario „Boom“ beinhaltet einen deutlichen Zinsanstieg und den daraus resultierenden Anstieg der Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft. Ein schwerer konjunktureller Abschwung könnte neben den Nachschuss- bzw. Wiederauffüllungspflichten der Stützungsfonds zu einer hohen Belastung aus schlagend werdenden Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft führen. Der aE-Stresstest „Schwerer konjunktureller Abschwung“ führte zum Ermittlungstichtag 31. Dezember 2014 mit einem Risikowert von 63,0 Mio. EUR zur höchsten Risikoausprägung. Selbst bei Eintritt dieses Ergebnisses wäre die Unternehmensfortführung (Going-Concern-Ansatz) nicht gefährdet.

Die Inversen Stresstests stellen eine Ergänzung zu den sonstigen Stresstests dar. Ziel der inversen Stresstests ist die Untersuchung, welche Ereignisse oder Szenarien die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten und Transparenz über maßgebliche Risikotreiber zu erhalten, die die Geschäftsaktivitäten besonders stark beeinflussen können. Durch die „Silo-Betrachtung“ der wesentlichen Risikoarten und die Untersuchung der Abhängigkeiten verschiedener Risiken untereinander auf Basis des aE-Stresstests mit der größten Verlustwirkung wird untersucht und kritisch reflektiert, wie stark sich ein oder mehrere Risikoparameter noch verändern müssen, um die kritische Schwelle zu erreichen.

Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt jeweils additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten hinweg bleiben somit unberücksichtigt. Üblicherweise reduziert der Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten das Gesamtrisiko.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig durchgeführt und dem Vorstand sowie dem Verwaltungsrat berichtet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist zudem um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit soll ein möglicher Kapitalbedarf im Sinne des Risikodeckungspotenzials frühzeitig identifiziert werden, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte.

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren jederzeit ausreichend, um die eingegangenen Risiken vollständig abzudecken. Für die aus der Strategie und der Unternehmensplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten schätzen wir ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die wertorientierte Risikobetrachtung führt die Sparkasse derzeit insbesondere im Bereich der Zinsbuchsteuerung und im Bereich der Adressenrisiken durch. Sie dient im Wesentlichen zur Entscheidungsfindung in der Risikobewertung.

4 Interne Revision

Die Interne Revision hat als prozessunabhängige Stelle die Aufgabe, den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen. Grundlage dafür ist der unter risikoorientierten Gesichtspunkten aufgestellte und vom Vorstand genehmigte Prüfungsplan. Auf dieser Basis prüft und bewertet die Interne Revision alle Aktivitäten und Prozesse.

5 Risikoarten

Die Sparkasse unterscheidet folgende wesentliche Risikoarten: Marktpreis-, Adressen-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

5.1 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko versteht die Sparkasse das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aus Positionen im eigenen Bestand aus zukünftigen Marktpreisschwankungen. Sie beinhalten neben den Zinsrisiken (inklusive Spreadrisiken und implizite Optionen im Kundengeschäft) die Währungs-, die Aktienkurs-, die Immobilien- und die Optionsrisiken sowie die Risiken aus Spezial-, Publikums- und offenen Immobilienfonds.

Die Risikosteuerung - und die damit einhergehenden Dispositionsmaßnahmen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten Limite - erfolgt durch den Bereich Handel. Die Risikoüberwachung erfolgt durch die „Betriebswirtschaftliche Abteilung“ mit der Gruppe Rechnungswesen und dem Bereich Controlling, welche die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verantwortet. Zur Messung und Überwachung werden alle zum Bewertungstag bestehenden risikorelevanten Einzelpositionen der Sparkasse herangezogen. Die Höhe der maximal zulässigen Wertänderungen ist im Rahmen eines Limitsystems begrenzt.

Die Sparkasse bewertet das Marktpreisrisiko sowohl mittels GuV-orientierten als auch wertorientierten Verfahren. Die bedeutendsten Marktpreisrisiken liegen im Zinsänderungsrisiko, das sich in der GuV-orientierten Betrachtung aus Zinsspannenrisiko und dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko zusammensetzt, und im Fondsrisiko.

Das Zinsspannenrisiko wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem erwarteten Wert verstanden. Dieses Risiko resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Volumina und unterschiedlichen Fälligkeiten der festverzinslichen bzw. unterschiedlichen Zinsanpassungen der variabel verzinslichen Aktiv- und Passivpositionen. Steigende Zinsen führen im Rahmen der Fristentransformation bei einem Aktivüberhang zu höheren Refinanzierungskosten und damit zur Verminderung der Zinsspanne. Sinkende Zinsen führen bei einem Passivüberhang zu geringeren Erträgen und somit zur Verminderung der Zinsspanne.

Die Bestimmung des Zinsspannenrisikos erfolgt in zwei Schritten: Zum einen durch die Ermittlung der Zinsstruktur und zum anderen durch die Ermittlung der Geschäftsstruktur für den Risikofall.

Ausgangswert zur Bestimmung der Zinsspannenrisiken ist die geplante bzw. erwartete Zinsspanne. Ausgehend von der geplanten Geschäftsstruktur der Sparkasse werden die Auswirkungen auf die Zinsspanne simuliert, die durch die Veränderung der Zinsstruktur eintreten können. Aus der Gesamtheit der betrachteten Zinsszenarien wird jene Zinsstruktur ermittelt, die den größten Risikowert aus der gemeinsamen Betrachtung von Zinsspannenrisiko und Abschreibungsrisiko der Zinsprodukte ergibt. Nunmehr wird geprüft, ob anhand dieser ermittelten Zinsstruktur die Annahmen der Geschäftsstrukturplanung aufrechterhalten werden können. Eine abweichende Sichtweise ergibt die risikorelevante Geschäftsstruktur. Berücksichtigung findet dabei die Ausübung von impliziten Optionen im Kundengeschäft.

Das GuV-orientierte Abschreibungsrisiko gibt die Verluste an, die durch Marktpreisschwankungen von Wertpapieren entstehen können und ist für das gesamte Eigenhandelsgeschäft dargestellt. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Position, die ausschließlich auf eine Veränderung der Marktpreise zurückzuführen ist und setzt sich somit aus zins- und kursindizierten Abschreibungsrisiken zusammen.

Als weitere Marktpreisrisikoausprägung werden die Spreadrisiken als Gefahr eines Verlustes einer Zinsposition, die auf eine Veränderung der Credit-Spreads bei unverändertem Rating zurückzuführen ist, im Rahmen der szenariobasierten Risikobetrachtung (Stresstestprogramm) bei den Abschreibungssimulationen berücksichtigt.

Für das marktpreis- und spreadinduzierte Abschreibungsrisiko wurde zum Jahresbeginn 2014 zunächst ein Limit von 23 Mio EUR verteilt, das zum ersten Quartal auf 26,8 Mio EUR angehoben wurde. Das zu Jahresbeginn 2014 zugeordnete Limit für das Zinsspannenrisiko betrug ganzjährig 1,1 Mio EUR. Die Auslastung zu den Reportingstichtagen bewegte sich zwischen 22,3 % und 78 % bzw. 30,2 % und 76,5 %. Im Berichtsjahr betrugen die marktpreisinduzierten Abschreibungen 1,1 Mio EUR; die Zinsspanne wich um 0,4 Mio EUR vom Erwartungswert ab. Die zum Bilanzstichtag 2014 mit Sicht auf das Jahresende 2015 zugeordneten Limite für das marktpreisinduzierte Abschreibungsrisiko und Zinsspannenrisiko in Höhe von 37,5 Mio EUR bzw. 1,1 Mio EUR reichen mit einer Auslastung von 86,1 % bzw. 83,9 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken. Die Globallimite im Anlage- und Liquiditätsbestand wurden im Berichtsjahr nicht überschritten.

Neben der Limitierung der Risikopositionen sind zur effektiven Verlustbegrenzung Warnlimite auf Portfolioebene eingerichtet. Um auch Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden neben Erwartungswert und Risikofall regelmäßig aE- und inverse Stresstests zur Analyse der Zinsrisikopositionen durchgeführt.

Zur Steuerung des Gesamtbank-Cashflows und somit zur Risikosteuerung des zinstragenden Geschäfts nutzt die Sparkasse Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps im Volumen von 30 Mio EUR. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Unsere Value-at-Risk-Verfahren sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche zukunftsorientierte Analyse und Steuerung des Marktpreisrisikos zu unterstützen.

Die Risikomessung im Eigenhandelsbereich erfolgt für alle Positionen, die in den Value-at-Risk einfließen, anhand einer taggenauen historischen Vollsimulation. Auf dieser Basis wird der Abschreibungsbedarf der Einzelpositionen im Bereich des gesamten Eigenbestandes bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Zur Überprüfung der Güte der Value-at-Risk-Prognose führt die Sparkasse regelmäßig interne und externe Backtestings durch.

Zusätzlich zu den genannten Value-at-Risk-Ansätzen ermittelt die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko des Gesamtzinsbuches bei unterstellter sofortiger Zinsänderung um +200 Basispunkte bzw. -200 Basispunkte. Per 31. Dezember 2014 ergab sich aus der wertorientierten Betrachtungsweise eine Veränderung des Zinsbuchbarwertes um -18,2 Mio EUR (-17,6 % der Eigenmittel) bzw. +7,4 Mio EUR (+7,2 % der Eigenmittel).

Das Risikoreporting des Zinsspannenrisikos erfolgt vierteljährlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes an den Vorstand. Des Weiteren erfolgen Wochen- und Monatsreports, der monatliche wertorientierte Treasuryreport, der vierteljährliche Mindestreport inklusive des Optionsrisikenreports „Kundengeschäft“. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar.

5.2 Adressenrisiken

Bei den Adressenrisiken unterscheidet die Sparkasse das Adressenrisiko im Kundengeschäft - unterteilt nach GuV-orientiertem Ausfallrisiko und wertorientiertem Bonitätsänderungsrisiko - und im Eigengeschäft - unterteilt in Kontrahenten- und Emittentenrisiko - , das Länderrisiko und das Beteiligungsrisiko.

5.2.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenausfallrisiko besteht in der Gefahr negativer Bonitätsveränderungen und daraus resultierender Wertverluste infolge von Änderungen in der Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Adressenausfallrisiken beinhalten somit die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner. Zur Begrenzung dieser Risiken setzt die Sparkasse die Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) um.

Als ein Steuerungsinstrument wurde durch den Vorstand der Sparkasse eine Kreditrisikostategie verabschiedet, im Rahmen derer die Adressenausfallrisiken quantifiziert und überwacht werden. Daneben gelten risikoorientierte Kreditkonditionen und Kompetenzordnungen sowie verschiedene Limitierungen. Die wichtigsten Überwachungsinstrumente sind die Verfahren zur Früherkennung von Risiken und der Kreditrisikobericht. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenrisiken erfolgt sowohl einzelgeschäftsbezogen als auch auf Portfolioebene. Hierzu hat die Sparkasse Kreditnehmerlimite bzw. Gruppen verbundener Kunden festgelegt und überwacht das Kreditportfolio nach Ratingklassen, Größenklassen und Branchenrisiken.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners sowie die für das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kompetenzstufe für die Kreditentscheidung und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Struktur des Kundenkreditgeschäftes nach Ratingstufen stellte sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

Ratingnote	Ratingklasse	2014		2013		Veränderung	
		in % vom		in % vom		in %	
		Obligo	Blanko	Obligo	Blanko	Obligo	Blanko
	nicht geratet	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
1 - 8	ohne erkennbare Risiken	85,7	88,0	83,1	86,1	3,1	2,2
9 - 10	latente Risiken	4,8	5,0	6,4	6,5	-25,0	-23,1
11 - 15	hohe Risiken	5,8	4,3	6,9	4,3	-15,9	0,0
ab 16	wertberichtigt	3,6	2,6	3,5	3,0	2,9	-13,3

Als Ansatzmethode zur Ermittlung der regulatorischen Adressenausfallrisiken wird der Kreditrisikostandardansatz (KSA) nach CRR verwendet.

Der Kreditrisikobericht mit seinen Modulen A – F stellt das Kreditportfolio der Sparkasse gemäß der Definition des § 19 Abs. 1 KWG dar. Ziel des Risikoberichts ist die umfangreiche Darstellung des Kreditportfolios hinsichtlich der enthaltenen Adressenrisiken. Die Kriterien zur Darstellung des Portfolios entsprechen den Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der Limite und Auslastungen sowie eine Darstellung von Kunden- und Produktstrukturen sowie der Entwicklung des Neugeschäfts. Zur

Früherkennung von Kreditrisiken wird ein System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung oder Abwicklung) unterstützt. Sofern im Rahmen der Früherkennung akute Ausfallrisiken erkennbar werden, erfolgt die Ermittlung und laufende Fortschreibung des potentiellen Risikovorsorgebedarfs. Alle erkennbaren Adressenausfallrisiken werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Jahresabschluss ausreichend abgesichert. In Anlehnung an die steuerlich zulässigen Möglichkeiten werden zudem auch Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der ursprüngliche Planwert für das Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft beinhaltete eine Auflösung von 0,1 Mio EUR. Im unterjährigen Verlauf nahmen die zu erwartenden Risiken weiter ab. Im Ergebnis konnte im Geschäftsjahr 2014 eine Nettoauflösung der Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 0,5 Mio EUR erfolgen.

Das zum Jahresbeginn 2014 zugeordnete Limit für das unerwartete Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft betrug 8,6 Mio EUR; die Auslastung mit Sicht auf den 31. Dezember 2014 bewegte sich zwischen 36,9 % und 75,2 %. Im Berichtsjahr sind keine unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2014 auf Sicht zum Jahresende 2015 zugeordnete Limit in Höhe von 9,0 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 85,4 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Sämtliche Brancheninanspruchnahmen lagen im Laufe des Geschäftsjahres innerhalb der definierten Branchenlimite.

Es erfolgen regelmäßig Untersuchungen des Kreditportfolios auf Risikokonzentrationen. Diese bestehen zum Jahresende 2014 in einzelnen Engagements, welche in Verbindung mit kommunalen Kreditengagements den festgelegten Schwellenwert „Anteil eines Kunden übersteigt 2 % des gesamten Kundenkreditportfolios“ übersteigen, und auf Portfolioebene bezüglich des Anteils von Grundpfandrechten am Sicherheitenportfolio, welcher mit 85 % den Schwellenwert von 30 % übersteigt. Derzeit halten wir keine Maßnahmen hinsichtlich dieser Risikokonzentrationen für erforderlich.

Zur Steuerung der Risiken aus Größenklassenkonzentrationen setzt die Sparkasse auch derivative Finanzinstrumente in Form von Credit Default Swaps ein und tritt dabei als Sicherungsnehmer und als Sicherungsgeber auf. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Das Bonitätsänderungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung des Kreditnehmers innerhalb der lebenden Risikoklassen ändert. Dies führt zu entsprechenden Wertverlusten. Das Bonitätsänderungsrisiko wird nur in der wertorientierten Risikobetrachtung schlagend.

5.2.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Kontrahentenrisiko besteht darin, dass schwebende Kassa- und/oder derivative Geschäfte nicht zum vereinbarten Kurs abgewickelt werden können bzw. der Kontrahent seinen Verpflichtungen aus Lieferung und Zahlung nicht nachkommt. Bei Kassageschäften wird von einem geringen Risiko ausgegangen. Hingegen können bei derivativen Geschäften (z. B. Swaps) erhebliche Ansprüche gegenüber den Kontrahenten entstehen, die bei einer hohen angenommenen Ausfallwahrscheinlichkeit zu einer wesentlichen Risikoposition führen können. Im Rahmen des Kontrahentenrisikos werden das Wiedereindeckungsrisiko und das Vorleistungsrisiko betrachtet.

Das Emittentenrisiko bezeichnet das Risiko, dass durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall (Ausfallrisiko) bzw. durch Verschlechterung der Bonität innerhalb der lebenden Ratingklassen (Bonitätsänderungsrisiko) des Emittenten ein Wertverlust in einem Finanzgeschäft eintritt.

Für Adressenausfallrisiken aus den Eigenanlagen haben wir in Abhängigkeit vom Rating volumenbezogene Einzellimite und interne Kontingente für Emittenten- und Kontrahentenrisiken bzw. Emittentengruppen festgelegt. Hierzu werden nur Geschäfte mit bonitätsmäßig guten Emittenten und Kontrahenten zugelassen. Die Sparkasse investiert die anzulegenden Mittel – zum Zeitpunkt der Anschaffung – im Investmentgradebereich und zur Beimischung auch im Non-Investment bzw. ungerateten Bereich. Diese Regelungen der Überprüfung des Adressenrisikos im Rahmen des Erstvotums basieren neben der Beurteilung der risikobehafteten Emittenten auf der Anwendung von Ratings anerkannter Ratingagenturen. Der Beschluss zur Einräumung eines Emittentenlimits ist mit zwei Voten zu versehen und dem Vorstand zur Bewilligung vorzulegen. Im Rahmen der Risikofrüherkennung informiert der Bereich Abwicklung und Kontrolle den Bereich Handel und den Überwachungsvorstand über Ratingverschlechterungen. Von den Eigenanlagen in Schuldverschreibungen und Fonds mit Anlageschwerpunkt Renten verfügen zum Bilanzstichtag 2014 nahezu unverändert 93,4 % über ein Rating bzw. gewichtetes Durchschnittsrating im Investment-Grade. Für Zwecke der Gesamtbank-Verlustobergrenze ermitteln und limitieren wir die Emittenten- und Kontrahentenrisiken im Risikofall anhand ihrer rating-basierten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Neben der wöchentlichen Berichterstattung an den Vorstand über die Einhaltung der Volumenlimite erfolgen ein umfassendes Reporting und eine weitreichende Simulation von Szenarien.

Das zugeordnete Limit für das Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft betrug ganzjährig 6 Mio EUR und wurde im Berichtsjahr nicht überschritten; die Auslastung bewegte sich zwischen 73,4 % und 76,6 %. Im Jahr 2014 wurden keine unerwarteten Risiken schlagend. Das zum Bilanzstichtag 2014 mit Sicht auf das Jahresende 2015 zugeordnete Limit in Höhe von 4,5 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 85,8 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

5.2.3 Adressenrisiko Beteiligungen

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Beteiligung an Tochterunternehmen und Dritten Verluste entstehen. Die Sparkasse unterscheidet hierbei zwischen strategischen Beteiligungen, funktionsbedingten Beteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Beteiligungen werden entweder direkt durch die Sparkasse gehalten oder im Rahmen von direkten und indirekten Treuhand- bzw. Verwaltungsmodellen durch den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) betreut.

Im Rahmen der Gesellschafterstellung und/oder der Tätigkeit in den Organen der Gesellschaften stellen der SGVHT, der Treuhänder und die Sparkasse sicher, dass eine frühzeitige Bereitstellung von Information über entstehende Risiken und zur Risikoerkennung sowie -bewertung erfolgt, auf deren Basis die Sparkasse direkt Steuerungsmaßnahmen einleiten kann. Der Risikomanagementprozess erfolgt auf Basis der Berichterstattung und ggf. einer Risikobeurteilung durch den Treuhänder oder den SGVHT.

Das zugeordnete Limit für das Adressenausfallrisiko Beteiligungen betrug ganzjährig 1,0 Mio EUR und wurde im Berichtsjahr nicht überschritten; die Auslastung bewegte sich zwischen 38,8 % und 77,3 %. Das zum Bilanzstichtag 2014 mit Sicht auf das Jahresende 2015 zugeordnete Limit in Höhe von 0,7 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 84,6 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Zum Jahresende 2014 bestehen nach den regelmäßigen Untersuchungen des Beteiligungsportfolios Risikokonzentrationen hinsichtlich der Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und unserer Tochtergesellschaft IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG, welche den Schwellenwert von 30 % einer Beteiligung am Beteiligungsportfolio überschreiten. Diese Beteiligungen sind in dieser Höhe bewusst eingegangen worden und beinhalten keine erhöhten Risiken.

5.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken im Sinne der MaRisk unterteilen sich in das Zahlungsfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), in das Refinanzierungsrisiko und in das Marktliquiditätsrisiko. Für die Sparkasse bleibt aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Refinanzierungsstruktur das Zahlungsfähigkeitsrisiko im Vordergrund der Betrachtung. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Verhinderung möglicher Liquiditätsengpässe; es erfolgt hauptsächlich über die quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung, die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden.

Die Sparkasse betrachtet die Liquiditätsrisiken nach § 11 KWG (LiqV). Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgen die Erstellung einer täglichen Liquiditätsübersicht sowie die laufende Messung auf Basis der Kennzahlen gemäß der Liquiditätsverordnung durch die Gruppe Rechnungswesen innerhalb der Betriebswirtschaftlichen Abteilung. Auf Basis dieser Instrumente wird die Liquiditätsdisposition vorgenommen. Monatlich wird eine Fälligkeitsliste erstellt, die der Liquiditätsplanung dient. Es ist Vorsorge getroffen, unplanmäßige Liquiditätsabflüsse zu decken. Die hierzu erstellte Liquiditätsliste ermöglicht eine schnelle und effiziente Steuerung. Zur Überwachung und Früherkennung von Engpässen wurde ein System von Schwellenwerten beschlossen. Über vierteljährlich durchgeführte Szenarioanalysen, welche Indikatoren für mögliche Liquiditätsengpässe liefern, sind die Liquiditätsrisiken in das Stresstestprogramm der Sparkasse einbezogen.

Bei der Durchführung der Stresstests für Liquiditätsrisiken berücksichtigt die Sparkasse neben der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit auch die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit.

Die bankenaufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nach LiqV lag zum Jahresende mit 4,9 um ein Vielfaches über dem Mindestwert von 1. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Neben den umfangreichen Simulationen der LiqV setzt die Sparkasse zukünftig auch die Betrachtung der Survival Period um. Die Reports erfolgen monatlich bzw. vierteljährlich.

5.4 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung, regelmäßige Überprüfung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen zum Umgang mit operationellen Risiken. Die Sparkasse hat diverse Maßnahmen ergriffen, um einen fehlerfreien und reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen.

Zur Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz gemäß CRR an. Als Methoden zur Quantifizierung der operationellen Risiken setzt die Sparkasse für die Ex-post-Betrachtung eine Schadensfalldatenbank sowie zur Ex-ante-Betrachtung eine Risikolandkarte ein. Das Reporting erfolgt vierteljährlich bzw. jährlich.

Das zugeordnete Limit für unerwartete operationelle Risiken betrug im gesamten Jahr 2014 1,5 Mio EUR; die Auslastung bewegte sich zwischen 38,6 % und 77,5 %. Im Berichtsjahr ergaben sich unerwartete Risiken von 0,5 Mio EUR, vor allem resultierend aus Rückstellungen für Schadensersatzansprüche von Kundenbeteiligungen sowie Erstattungsleistungen aufgrund des BGH-Urteils über die Unzulässigkeit von Darlehensgebühren bei Konsumentenkrediten. Das zum Bilanzstichtag 2014 auf Sicht

zum Jahresende 2015 zugeordnete Limit in Höhe von 1,4 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 85,7 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Die betrieblichen Abläufe sind in Anweisungen geregelt und werden durch die interne Revision überwacht. Für die wesentlichen Bereiche der Sparkasse, insbesondere für die Bereiche Eigenhandels-geschäfte und Informationstechnologie, liegen Notfallpläne vor. Berechtigungs-, Kontroll- und Überwachungssysteme gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor nicht berechtigten Zugriffen und Änderungen. Technische Sicherheitssysteme der Finanz Informatik, wie z.B. ein Firewall-System, Intrusion Detection/Prevention System, Virens Scanner, Sandbox usw., schützen die Sparkasse vor unberechtigten externen Zugriffen.

6 Gesamtrisikosituation

Unser Haus verfügt gemäß § 25a KWG über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken. Durch das Risikomanagement und -controlling werden diese Risiken frühzeitig identifiziert, quantifiziert, analysiert und zeitnah überwacht. Die entsprechenden Informationen werden den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Risikotragfähigkeit ist entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen in allen relevanten Szenarien gegeben. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse war nicht erkennbar. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht erkennbar.

D Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse im nächsten Jahr beziehen, stellen unsere Einschätzung der künftigen Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen dar. Wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind derzeit nicht erkennbar. Dennoch unterliegen alle Prognosen einer Unsicherheit, die zu Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geplanten Werten führen können. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

1 Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung

2015 kann auch weiterhin nicht von einem selbsttragenden globalen Aufschwung gesprochen werden. Die strukturellen Wachstumshemmnisse bleiben weiterhin bestehen, vor allem der Abbau der hohen Verschuldung insbesondere in den Industrieländern wirkt belastend. Die Emerging Markets sind mit ihrem gestiegenen Anteil an der Weltwirtschaft, welcher inzwischen rund 60 % ausmacht, wichtige Wachstumstreiber – trotz schwächerer Dynamik. Die Investitionstätigkeit in den großen Schwellenländern dürfte nur noch mit geringeren Raten wachsen, zumal mit der Zinswende in den USA weniger Mittel in diese Länder fließen werden. Die USA haben die strukturellen Anpassungen weitgehend hinter sich und wachsen wieder vergleichsweise kräftig. Hier zieht die Investitionsdynamik an und die Konsumenten profitieren vom bereits weit fortgeschrittenen Schuldenabbau, steigender Beschäftigung und der Entlastung seitens der Energiepreise. Insgesamt dürfte das Wachstum der Weltwirtschaft nach den volkswirtschaftlichen Prognosen der DekaBank vor allem durch den niedrigen Ölpreis und die lockere Geldpolitik der führenden Notenbanken mit 3,4 % ähnlich ausfallen wie im Berichtsjahr 2014.

Die Euroländer drücken zwar weiterhin die weltwirtschaftliche Entwicklung, die Reformen der Krisenländer tragen jedoch langsam Früchte. Vor allem Spanien, das Strukturreformen durchgeführt hat, zeigt,

dass es weniger die schwache Weltkonjunktur, sondern die nicht erledigten Hausaufgaben sind, die die Eurozone bremsen. Die Reformaktivitäten in den drei großen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien bleiben enttäuschend. Hier bringen im Jahr 2015 lediglich das allgemeine globale Wachstum, die Euro-Abwertung und Energiepreiserückgänge Wachstumsimpulse.

In Deutschland ist seit Jahren eine chronische Investitionsschwäche zu konstatieren. Die Sorgen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen halten Unternehmen von größeren Investitionen ab. Verschärfend wirken sich geopolitische Unsicherheiten, wie der Sanktionsstreit mit Russland, aus. 2015 dürften die Ausrüstungen nur zögerlich zunehmen. Viele energieintensive Branchen leiden unter den im internationalen Wettbewerb zu hohen Preisen für Strom und Gas. Großprojekte werden von der Öffentlichkeit teilweise in Frage gestellt. Das angekündigte politische Investitionsprogramm von 10 Mrd. Euro für die Jahre 2016 bis 2018 ist ein erster wichtiger Schritt, um erforderliche Investitionen in Gang zu setzen. Positiv werden sich 2015 wiederholt die Bauinvestitionen entwickeln. Der Konsum hilft, die zurzeit schwache Exportentwicklung abzufedern, da die Tariflöhne um ca. 3 % steigen werden, was aufgrund der niedrigen Inflationsrate die Realeinkommen erhöht. Die Sparquote ist in den letzten Jahren auf rund 9 % gesunken. Trotz der extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen scheint sie sich auf diesem Niveau zu stabilisieren. Die allgemeine Verfassung der Volkswirtschaft, insbesondere des Arbeitsmarktes, ist aber noch gut. Weitere wirtschaftspolitische Belastungen dürften 2015 ausbleiben, so dass von einem Wirtschaftswachstum von 2,2 % ausgegangen werden kann.

Der kräftige Rückgang der Ölpreise Ende 2014 dämpft die globale Teuerungsrate zunächst merklich. Weltweit wird sich – wie in den Vorjahren – zeigen, dass Deflations- und Inflationsängste gleichermaßen deplatziert sind. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte mit ca. 3,4 % leicht unter dem 2014er Wert liegen. Vor allem die Energiepreise ziehen den Jahresdurchschnitt nach unten. In der Eurozone halten die hohe Arbeitslosigkeit, das schwache Wachstum und der drastisch gesunkene Ölpreis die Inflationsraten unerwünscht niedrig. Die Preissteigerungsrate dürfte 2015 nur um 0,3 % zulegen, aus Sicht der EZB weiterhin zu niedrig. Die deutsche Inflationsrate sollte wegen Tariflohnabschlüssen und der Einführung des Mindestlohnes mit 0,4 % unwesentlich höher ausfallen.

Je nachdem wie schnell die Wachstumsdelle in der Industrie beendet ist, kann in Thüringen im Jahr 2015 zumindest mit einem durchschnittlichen Wachstum gerechnet werden. Die Verbesserung der strukturellen und konjunkturellen Bedingungen in der Eurozone gibt zudem Impulse für die Thüringer Industrie. Die Nachfrage vor Ort wird durch die weiterhin steigende Beschäftigung und die sinkende Arbeitslosigkeit unterstützt. Da das Wirtschaftswachstum auch im kommenden Jahr für eine Steigerung der Erwerbstätigkeit spricht, könnten in Thüringen als ostdeutsches Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote Engpässe bei der Stellenbesetzung entstehen. Allerdings ist die sinkende Nachfrage in Thüringen selbst ein dauerhafter Belastungsfaktor. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren stärker gesunken als der Durchschnitt der neuen Bundesländer, was den Konsum in den eigenen Landesgrenzen zunehmend schwächt.

Im Geschäftsgebiet der Sparkasse erwarten wir ähnliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wie im gesamtdeutschen und Thüringer Raum. Mit der konjunkturellen Erholung und dem investitionsfreundlichen Klima dürften sich auch regional weiter Chancen auf Unternehmensansiedelungen und Erweiterungsinvestitionen ergeben. Weiterhin ist auch in den nächsten beiden Jahren davon auszugehen, dass der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen nicht gestoppt werden kann.

2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Vor allem ein Ende der ultra-expansiven Geldpolitik in Euroland und Japan ist noch nicht absehbar. Die US-Notenbank Fed wird im Verlauf des Jahres 2015 mit dem Zinserhöhungszyklus anfangen. Das Zinserhöhungstempo sollte jedoch moderat ausfallen, sodass Finanzmärkte und Konjunktur dies gut verkräften.

Die EZB hat Anfang 2015 mit dem bis zur zweiten Jahreshälfte 2016 andauernden Ankaufprogramm von Staatsanleihen über mindestens 1.140 Mrd. Euro begonnen. Im Ergebnis ist von einem weiteren Abwärtsdruck auf das kurzfristige Zinsniveau auszugehen. Schon in den nächsten Monaten dürften sich die EONIA-Sätze weiter in Richtung des EZB-Einlagensatzes von -0,20 % bewegen. Der dreimonatige EURIBOR-Satz sollte sich nahe null einpendeln. Die Aussicht auf das noch für lange Zeit äußerst niedrige Zinsniveau dürfte sich in einer weiteren Verflachung der EURIBOR-Kurve niederschlagen. Die langlaufenden Bundesanleihen haben stark auf die beginnenden Anleihekäufe von Unternehmensanleihen und Staatspapieren des Eurosystems reagiert. Da die Renditen am kurzen Ende bereits weit unter null lagen, musste die Bundesbank ihre Käufe in die längeren Laufzeitbereiche verlagern. Mit der Zeit sollten steigende Konjunktur- und Inflationserwartungen jedoch dazu beitragen, dass sich andere Anleger bereitwillig von diesen Papieren trennen. Mittelfristig führt dies wieder zu etwas höheren Renditen zehnjähriger Bundesanleihen; sie sollte im Zuge einer zyklischen Erholung und abebbender Deflationsängste im Jahresverlauf bei 0,35 % liegen. Demgegenüber dürften Staatsanleihen der Peripherieländer durch die quantitative Lockerung eine anhaltende Unterstützung erfahren, zumal die EZB eine Verlängerung dieses Programms über September 2016 hinaus explizit nicht ausschließt. Die Nachfrage nach Unternehmens- und Bankenanleihen im Euroland ist groß, wie die zahlreichen und dennoch massiv überzeichneten neuen Anleihen in Euroland belegen. Verbesserte Konjunkturaussichten, höhere Gewinne sowie Ausweikkäufe verdrängter Investoren dürften weiterhin für eine hohe Nachfrage nach Unternehmensanleihen sorgen.

Die gestiegenen Inflationserwartungen und die Anhebungserwartung der Leitzinsen sollten die US-Renditen nach oben ziehen. Wann die FED die Zinswende einleiten wird, steht noch nicht fest; Experten sehen diese ab Mitte 2015. Mit einem Renditeanstieg 10-jähriger Staatsanleihen auf ca. 2,5 % bis Jahresende ist hier zu rechnen.

Der deutsche Aktienmarkt setzte Anfang 2015 seine Rekordfahrt fort, unterstützt von einer überraschend guten Konjunkturentwicklung und von in der Summe robusten Unternehmensgewinnen. Im Vergleich zu anderen Regionen zeigt sich der Aktienmarkt in Deutschland als attraktiv und lenkt weiterhin Anlageströme vor allem in Dividendenpapiere. Dies dürfte den DAX in volatilen Bewegungen weiter steigen lassen.

Risiken gehen von einem starken Rückgang der weltweiten Nachfrage aus. Selbst die reichliche Liquidität der Notenbanken bringt kein Wachstum. In den Schwellenländern und im Euroland stockt der Reform- und Anpassungsprozess, z.B. infolge euro-kritischer Wahlsiege bei den Wahlen in Südeuropa oder das Platzen der chinesischen Immobilienblase inklusive der daraus resultierenden Schiefelage asiatischer Banken. Zudem könnte die Verunsicherung der Unternehmer und Konsumenten steigen, was zu einer tiefen Rezession in den USA und den europäischen Staaten führen könnte. Das deutsche Wachstum wird von einer schwachen Konjunktur in den Schwellenländern, der Verschärfung der Russland-Sanktionen sowie der wieder aufkeimenden Euro-Schuldenkrise belastet.

Die zu erwartenden Finanzmarktreaktionen und deren negative Auswirkungen vor allem auf den Bankensektor könnten die Situation verschärfen. Da die EZB kaum mehr Gegensteuerungsmöglichkeiten hat, würde ein längerer konjunktureller Einbruch folgen. Weiterhin besteht das Risiko, dass das sanfte Aussteigen der Notenbanken, vor allem der FED, aus der ultra-expansiver Geldpolitik misslingt. Starke Zinsanstiege insbesondere am langen Ende wären die Folge, was zu einem drastischen Einbruch der Konsum- und Investitionsneigung führen würde. Das Resultat wäre eine ausgeprägte Wachstumsabschwächung, womöglich neue Rezessionstendenzen und ggf. ein Wiederausbruch der Eurokrise. Aber auch eine dauerhafte und ausgeprägte Wachstumsschwäche in China oder anderen großen Emerging Markets hätten stärkere Auswirkungen auf Industrieländer als früher. Ebenso könnten sich Krisen in den Konfliktregionen weiter ausweiten. Vor allem eine Ausweitung in der Ukraine könnte den alten Ost-West-Konflikt erneut aufleben lassen. Die Folge wären eine globale Verunsicherung sowie spürbare Handelshemmnisse mit wachstumsbremsenden Effekten. Weiter fallende Energiepreise und eine zunehmende Unterauslastung führen zu noch stärkerem Abwärtsdruck auf die Teuerung. Die Inflationsra-

ten in den Krisenländern werden negativ. Selbst die deutsche Inflationsrate liegt im Jahresdurchschnitt kaum über der Nullgrenze. Bei fallenden Kernraten entfernt sich die Teuerung noch weiter von den Zielwerten der großen Notenbanken. Deflation wird zum Thema, sowohl für die USA als auch die Eurozone. Sollten einzelne oder eine Summe von Risiken eintreten würden die Aktienkurse empfindlich nachgeben und die Anleihemärkte in den als sicher geltenden Ländern neue Höchststände erreichen. Die Risikoauflage bei Peripherie-Anleihen steigen gleichzeitig. Weltweit versuchen die Notenbanken durch neue Ankaufprogramme und üppige Liquiditätsausweitung die Kapitalmärkte zu stabilisieren. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen sinkt in den Bereich um die Null-Prozent-Marke.

Im positiven Fall führen die Maßnahmen der Notenbanken, die Niedrigzinsen und weiterhin gestiegenes Vertrauen zu einem schnellen und kräftigen Aufschwung in Europa und den USA. Die extrem expansive Geldpolitik kommt endlich voll zur Wirkung. Die Banken greifen auf die reichlich vorhandenen Überschussreserven zurück und fahren ihre Kreditvergabe auf breiter Front hoch. Konsum, Wohnungsbau und Unternehmensinvestitionen überraschen alle positiv. Der Beschäftigungsaufbau beschleunigt sich noch. Durch sinkende Arbeitslosenzahlen, vor allem in den südeuropäischen Ländern, und Reallohnzuwächse steigen die Kaufkraft der Konsumenten und die Bauinvestitionen weiter an. Deutschland kann hiervon kräftig profitieren und erreicht Wachstumsrate auf Vorkrisenniveau. Spanien und Deutschland werden zu einer Wachstumslokomotive für die Eurozone. Selbst Frankreich und Italien schwenken auf einen echten Reformkurs ein. Dabei führt der aufgestaute Nachholbedarf in den Krisenländern z.B. bei Autokäufen und im Bau zu stärkerer Nachfrage auch in anderen europäischen Ländern. Abnehmende Regulierung legt innovative Kräfte frei, Investitionen und private Nachfrage können sich wieder entfalten. Getrieben von einer hohen Nachfragedynamik beschleunigt sich die Inflation. Mit dem stärkeren Wachstum zeichnet sich eine allmähliche Zinsnormalisierung ab. Die Notenbanken werden sich sukzessive zurückziehen und ihre Geldpolitik in Richtung „Neutralität“ bewegen. Dies bedeutet empfindliche Kursverluste für Renten. Aktien hingegen setzen dank der blühenden Unternehmensperspektiven ihren Aufwärtstrend fort. Die robuste globale Konjunktur treibt die Rohstoffpreise vor allem im Energiebereich wieder deutlich nach oben und schiebt so die Teuerung an. Der Euro ist aufgrund des höheren Nachholbedarfs gesucht und wertet kräftig auf. Ebenso könnten überraschend starke Wachstumsschübe in den Emerging Markets eine positive Sogwirkung für die globale Wirtschaft entfalten.

3 Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Im Hinblick auf die konjunkturellen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen sehen wir die Sparkasse auf der Basis unseres Geschäftsmodells und der strategischen Zielstellung gut aufgestellt. Für das Geschäftsjahr 2015 gehen wir aufgrund der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ausrichtung von einer Steigerung der Bilanzsumme aus.

Wir sehen eine weiterhin stabile Entwicklung des Kundengeschäftes, die von dem hohen Vertrauen der Menschen in die Sparkassen angesichts der Finanzmarktkrise und einer festen Verankerung im mittelständischen Firmenkundengeschäft profitiert.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Prognosen erwarten wir eine moderat anziehende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die vor allem durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen getragen wird. Wir gehen davon aus, dass die hohen Tilgungsleistungen kompensiert werden können und der Bestand an Firmenkrediten leicht ansteigt. Sollte die Konjunktur stärker als erwartet anziehen, ergeben sich Chancen, den Bestand auszubauen. Demgegenüber dürfte bei einem Aufflammen diverser politischer oder kriegerischer Krisen die Investitionsneigung aufgrund der herrschenden Verunsicherung zurückgehen, was zu sinkenden Kreditzusagen und rückläufigen Beständen führen könnte. Weiterhin sehen wir die Gefahr der zunehmenden Wettbewerbsverzerrung im Zinskonditionenbereich durch staatliche bzw. bundeslandeigene Kreditinstitute.

Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen rechnen wir wiederholt mit einem ansteigenden Kreditbestand. Chancen sehen wir sowohl durch eine weitere Belegung der regionalen Neubautätigkeiten als auch durch frühzeitige und aktive Akquirierung von Fremdfinanzierungen mittels Forwardvereinbarungen sowie in verstärkten Aktivitäten in Bezug auf Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen, hier speziell zu den Themen erneuerbare Energien und energetische Gebäudesanierung. Ansteigende Zinsen oder steigende Arbeitslosigkeit könnten die Wohnungsbaunachfragen dämpfen, was zu einem leichten Bestandsrückgang führen würde. Im Segment der Konsumentendarlehen erwarten wir Zuwächse leicht über dem Vorjahresniveau; diese dürften bei starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit und hohen Einkommenszuwächsen stärker ausfallen als bei einer Rückkehr der Verunsicherung über die zukünftige europäische Entwicklung und Arbeitsplatzverlustängsten. Eine risikobewusste Kreditpolitik bildet dabei auch in den kommenden Jahren die Basis für die Verwendung unserer bilanziellen Mittel.

Den Bestand an Eigenanlagen wollen wir, bedingt durch einen stark rückläufigen Bestand an Schuldverschreibungen, stark zurückführen. Aufgrund der geringen Renditen bei sicheren Bonitäten sollen fällige Schuldverschreibungen nur zurückhaltend reinvestiert werden. Sollte die Schuldenkrise gepaart mit konjunkturellen Unsicherheiten wieder stärker in den Fokus rücken, würde der Bestand an Schuldverschreibungen durch Verschiebung der Reinvestition von Fälligkeiten weiter reduziert werden. Eine überdurchschnittliche konjunkturelle Belegung, die weitere Beruhigung der Märkte und ein Anziehen der Renditen könnten insgesamt einen Positionsaufbau bei den Eigenanlagen zur Folge haben, der im Bestand an Schuldverschreibungen realisiert werden würde.

Die bilanzielle Ersparnisbildung der Kunden dürfte aufgrund der nahezu unveränderten Wettbewerbssituation und des anhaltenden Zinsniveaus ähnlich dem erreichten Wachstum 2014 ausfallen. Im Jahr 2015 erwarten wir einen leicht höheren Bestand an bilanziellen Einlagen. Wir sehen die Gefahr, dass sich Kreditinstitute mit hohen Risikoprämien am Interbankenmarkt über das Kundengeschäft günstiger, jedoch mit über dem allgemeinen Marktniveau liegenden Kundenkonditionen, refinanzieren. Weiterhin könnten die außerbilanziellen Anlageformen bei dem anhaltenden Niedrigzinsniveau noch stärker nachgefragt werden bzw. die Kundeneinlagen vor dem Hintergrund einer negativen Realverzinsung stark abnehmen. Durch eine weitere attraktive Produktgestaltung und eine hohe Beratungsqualität wirken wir hier entgegen.

Der Zinsüberschuss als bedeutendste Ertragsquelle wird in 2015 aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen vorzeitigen Auflösung (Close-out) von Zinsswaps, die den Zinsaufwand verringern, sowie durch den Ausbau der Kredit- und Kundeneinlagenbestände ansteigen. Lediglich geringe Risiken sehen wir in der anhaltenden, sich nachhaltig auf den Zinsertrag der Eigenanlagen auswirkenden Niedrigzinsphase sowie durch die Belastung des nicht adäquat sinkenden Zinsaufwandes; dieser müsste aus Kundensicht negative Renditen ausweisen, um die Zinsspanne beibehalten zu können. Diese Risiken können wir durch auslaufende Swapgeschäfte und eine angepasste Ausschüttungspolitik bei den Eigenanlagen nahezu kompensieren. Hinsichtlich der Risiken verweisen wir zudem auf die Anmerkungen im Risikobericht. Bei einem stärkeren Zinsanstieg bestehen Chancen zur Generierung steigender Zinserträge aus den Eigenanlagen; zudem erhöht sich der Zinsüberschuss bei einem wachsenden Kredit- und Kundeneinlagengeschäft. Risiken würden sich durch stark sinkende Kredit- und Einlagenbestände - aufgrund großer Verunsicherungen durch neuerliche Krisenherde - und dem daraus resultierenden Rückgang des Zinsüberschusses ergeben.

Vor dem Hintergrund der geringen Marktrenditen bei festverzinslichen Anlagen erstklassiger Bonitäten rechnen wir im Wertpapiergeschäft mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und der S Broker AG & Co. KG mit einem starken Anstieg der Umsätze und der Depotbestände, die bei wesentlicher Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen stärker ansteigen könnten. Gleichwohl bedeutet eine zurückkehrende Verunsicherung an den Börsen, dass sinkende Kurse im Kundengeschäft zu geringeren Transaktionsumsätzen und niedrigeren Depotvolumen führen können. Im Verbund- und Vermittlungsgeschäft wollen wir die Erträge in den nächsten Jahren erheblich ausbauen. Die betriebliche und private Altersvorsorge bildet weiterhin einen Schwerpunkt unserer Beratungstätigkeit in den nächsten Jahren. Ein wichtiges Ertragsfeld sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs- und Kontofüh-

rungsbereich; hier erwarten wir aufgrund der rückläufigen Einwohnersituation und der derzeitigen Wettbewerbssituation, der wir durch differenzierte Preisangebote entgegen treten, leicht rückläufige Ergebnisse. Sollten der Einwohnerrückgang und die Wettbewerbssituation ansteigen, könnten diese zu stärkeren Rückgängen führen; die Marktentwicklungen werden beobachtet. Zunehmen könnten die Erträge bei einem Anstieg der Einwohnerzahlen sowie beim Wegfall von Marktteilnehmern.

Die Forderungen an Kreditinstitute sollen aufgrund der derzeitig negativen Verzinsung in kurz- und mittelfristigen Anlagehorizonten abgebaut werden; ebenso wie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Insofern das Kundenkreditgeschäft stärker als die Kundeneinlagen ansteigt, erfolgt eine Kompensation durch Aufnahme von Bankengeldern.

Der Personalbestand wird nach unserer Erwartung in 2015 durch Ausnutzung natürlicher Fluktuationen leicht sinken. Deshalb rechnen wir trotz tarifbedingter Gehaltssteigerungen mit nahezu gleichbleibenden Personalaufwendungen. Bei den Sachaufwendungen erwarten wir stark steigende Aufwendungen im nächsten Jahr, die neben allgemeinen Preissteigerungen auf Investitionstätigkeiten, vor allem in IT-Technik und betriebliche Ausstattung, zurückzuführen sind. Erhöhter Personalbedarf, steigende Sozialversicherungskosten und erhöhte Preissteigerungsraten würden die Aufwandspositionen stärker steigen lassen; bei deflationären Erscheinungen sehen wir leicht sinkende Aufwendungen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement und Effizienzsteigerungen in den Geschäftsprozessen sehen wir langfristig weiteres Potenzial zu Kostenstabilisierung.

Auf Basis der genannten Entwicklungen erwarten wir für 2015, vor allem bedingt durch die Entwicklung des Zinsüberschusses, ein Betriebsergebnis vor Bewertung auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir rechnen gegenwärtig wiederholt mit einem leicht positiven Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft. Bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten sehen wir, nach Zuschreibungen im Berichtsjahr, im Jahr 2015 einen nicht unerheblichen Abschreibungsbedarf auf den Wertpapierbestand. Die Bewertungsmaßnahmen insgesamt dürften deshalb gegenüber dem Berichtsjahr wesentlich höher ausfallen. Risiken sehen wir bei einer negativen Konjunktorentwicklung. Durch eine verschlechterte Auftragslage nehmen die Unternehmensinsolvenzen zu, was einen erheblichen Anstieg des Bewertungsbedarfs im Kreditgeschäft zur Folge hätte. Bei eingetrübten Zukunftserwartungen und Bonitätsverschlechterungen ist durch rückläufige Aktienmärkte und sinkende Anleihekurse zudem mit einem noch höheren Abschreibungsbedarf bei den Eigenanlagen zu rechnen. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen führen jedoch nicht zur Auflösung von Reserven. Hinsichtlich weiterer Risiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht. Erfahrungsgemäß ergeben sich bei der Prognose der Bewertungsergebnisse größere Abweichungen, da die Parameter zur Ermittlung von Prognose- bzw. Planwerten auf statistischen Durchschnittszahlen basieren. Bei überdurchschnittlich positiver Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen rechnen wir im Kundenkreditgeschäft mit weiteren Auflösungen von Einzelwertberichtigungen; bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten ergibt sich trotz sinkender Bonitätsspreads aus dem ansteigenden Renditeniveau dennoch ein Abschreibungsbedarf im Wertpapierbestand. Ausgehend von den Planungsergebnissen wäre eine steigende Zuführung zu den Rücklagen für die langfristige Unternehmenssicherung möglich.

Für das Jahr 2015 rechnen wir, unter Berücksichtigung entsprechender Zuführungen zu den versteuerten Reserven, mit einem Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Die Eigenmittel werden sich weiter positiv entwickeln. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung wird sichergestellt, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Unter den im Lagebericht dargestellten Einschätzungen des nächsten Jahres erwarten wir zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, die durch Zuführung zu den Rücklagen die langfristige Unternehmenssicherung unterstützen.

---:---

Bericht des Verwaltungsrates

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat regelmäßig über die Gesamtlage und Entwicklung der Sparkasse im Jahre 2014. Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Der Vorstand berichtete dem Verwaltungsrat in regelmäßigen Abständen umfassend und zeitnah über die gesamtwirtschaftliche Lage, die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse und über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung für die Sparkasse. Im Rahmen der Risikoberichterstattung gem. MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) informierte der Vorstand den Verwaltungsrat über die erstellten Risikoberichte.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt / Main- Erfurt prüfte den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 und erteilte uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 festgestellt und in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.463.577,73 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen und 594.000,59 EUR an den Träger auszuschütten.

Nordhausen, im Juli 2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Matthias Jendricke
Landrat



Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

der Kreissparkasse Nordhausen

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		11.637.330,41		11.504
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		4.578.541,06		9.579
			16.215.871,47	21.083
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		1.207.132,86		15.809
b) andere Forderungen		20.296,53		2.082
			1.227.429,39	17.891
4. Forderungen an Kunden			544.277.415,45	505.847
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	253.360.054,76	EUR		(235.889)
Kommunalkredite	36.185.552,85	EUR		(37.789)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	77.806.603,06	EUR		105.400
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	77.806.603,06	EUR		(105.400)
bb) von anderen Emittenten	102.157.349,30	EUR		160.282
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94.790.788,39	EUR		(157.058)
			179.963.952,36	265.682
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		424
Nennbetrag	0,00	EUR		(428)
			179.963.952,36	266.106
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			271.504.497,51	167.647
6.a Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			10.552.149,74	10.605
darunter:				
an Kreditinstituten	80.683,00	EUR		(81)
an Finanzdienstleistungsinstituten	337.012,65	EUR		(337)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.825.564,59	5.826
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			1.125.000,00	1.400
darunter:				
Treuhandkredite	1.125.000,00	EUR		(1.400)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		37.660,00		67
c) Geschäfts- oder Firmenwerte		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			37.660,00	67
12. Sachanlagen			20.721.640,06	22.070
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.965.099,47	2.625
14. Rechnungsabgrenzungsposten			4.411,24	24
Summe der Aktiva			1.053.420.691,28	1.021.190

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		815.044,80		836
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>68.849.925,40</u>		<u>72.534</u>
			<u>69.664.970,20</u>	<u>73.370</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	338.410.520,12			329.975
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>6.696.968,09</u>			<u>5.417</u>
		<u>345.107.488,21</u>		<u>335.392</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	500.576.498,06			484.712
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>10.703.654,63</u>			<u>23.736</u>
		<u>511.280.152,69</u>		<u>508.448</u>
			<u>856.387.640,90</u>	<u>843.840</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.506.403,94		5.526
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			<u>2.506.403,94</u>	<u>5.526</u>
			<u>0,00</u>	<u>0</u>
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.125.000,00	1.400
darunter: Treuhandkredite	1.125.000,00 EUR			(1.400)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			503.130,76	633
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>192.902,60</u>	<u>336</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.907.730,00		7.191
b) Steuerrückstellungen		<u>959.108,05</u>		<u>0</u>
c) andere Rückstellungen		<u>4.295.351,31</u>		<u>4.279</u>
			<u>13.162.189,36</u>	<u>11.470</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genusssrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			42.900.000,00	19.100
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	64.920.875,20			63.417
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		<u>64.920.875,20</u>		<u>63.417</u>
d) Bilanzgewinn		<u>2.057.578,32</u>		<u>2.098</u>
			<u>66.978.453,52</u>	<u>65.515</u>
Summe der Passiva			<u>1.053.420.691,28</u>	<u>1.021.190</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>12.111.595,32</u>		<u>13.523</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>12.111.595,32</u>	<u>13.523</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>19.639.569,85</u>		<u>23.134</u>
			<u>19.639.569,85</u>	<u>23.134</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2013 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	22.683.114,79			23.517
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	457,11	EUR		(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.056.125,64			6.258
			27.739.240,43	29.775
2. Zinsaufwendungen			8.212.077,09	11.037
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	767.157,93	EUR		(572)
			19.527.163,34	18.737
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.825.316,99	3.187
b) Beteiligungen			391.971,23	426
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
			3.217.288,22	3.613
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge			7.180.510,08	7.082
6. Provisionsaufwendungen			257.457,05	248
			6.923.053,03	6.834
7. Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.967.899,70	2.101
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			31.635.404,29	31.285
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.794.940,71			9.656
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.357.172,74			2.058
darunter: für Alters- versorgung	557.614,63	EUR		(298)
			12.152.113,45	11.714
b) andere Verwaltungsaufwendungen			5.926.385,02	6.242
			18.078.498,47	17.956
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.828.771,67	1.860
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.362.025,12	1.906
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	2.432
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			19.905.759,92	0
			19.905.759,92	2.432
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			119.813,26	323
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
			119.813,26	323
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			23.800.000,00	2.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.352.055,69	4.807
20. Außerordentliche Erträge			0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			4.239.114,07	2.654
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			55.363,30	56
			4.294.477,37	2.709
25. Jahresüberschuss			2.057.578,32	2.098
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			2.057.578,32	2.098
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage			0,00	0
b) aus anderen Rücklagen			0,00	0
			0,00	0
			2.057.578,32	2.098
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage			0,00	0
b) in andere Rücklagen			0,00	0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			2.057.578,32	2.098



Anhang

**zum 31. Dezember 2014
der Kreissparkasse Nordhausen**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2014 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, Reserven i. S. v. § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im gesamten Jahr 2014 waren dem Handelsbestand keine Wertpapiere oder Finanzinstrumente zugeordnet. Unsere strategische Ausrichtung beinhaltet aktuell keine Handelsabsicht mehr. Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die festverzinslichen Wertpapiere und Aktien daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Sofern nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere und Aktien aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Dies war bei dem weit überwiegenden Anteil der festverzinslichen Wertpapiere und bei allen Aktien der Fall.

Für ein Nominalvolumen von 2,5 Mio EUR an festverzinslichen Wertpapieren, für das kein aktiver Markt vorliegt (im Rahmen von Kreditbaskettransaktionen der S-Finanzgruppe erworbene Credit-Linked-Notes), haben wir die Bewertung anhand eines Bewertungsmodells (Discounted Cashflow-Modell), das von der Bayerischen Landesbank bereitgestellt wurde, vorgenommen. Die Credit-Linked-Notes haben wir in Übereinstimmung mit der IDW-Stellungnahme RS HFA 22 in ihre Bestandteile zerlegt und getrennt bilanziert. Zur Behandlung des getrennten Credit Default Swaps verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Bilanzierung und Bewertung von Kreditderivaten.

Anteile an Investmentvermögen bewerten wir zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren von der Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichten investmentrechtlichen Rücknahmepreis oder zum Börsenkurs, sofern ein aktiver Markt vorliegt.

Aufgrund der Änderung der RechKredV durch das so genannte AIFM-Umsetzungsgesetz haben wir die im Vorjahr im Aktivposten 13 ausgewiesenen Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die nicht operativ tätig sind, erstmals im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme ERS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „erhaltene Kreditsicherheiten“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („freistehende Kreditderivate“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei nachträglichen Herstellungskosten für den eigen- und fremdgewerblich genutzten Teil des Hauptstellengebäudes werden die in Vorjahren gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 EStG i. V. m. dem BFH-Urteil vom 25. November 1970, IR 165/67, BStBl 1971 II S. 142 festgelegten Abschreibungsätze entsprechend Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen. Dies gilt auch für unter den **Sonstigen Vermögensgegenständen** ausgewiesene, zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude.

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um etwa 10 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste ausreichend berücksichtigt. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der

Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Rückstellungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Rückstellungen für Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfangs wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit sind einheitlich im Aufzinsungsaufwand enthalten und werden demzufolge in dem GuV-Posten 2 ausgewiesen.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte „Negativzinsen“) werden im GuV-Posten 1 ausgewiesen.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die IDW-Stellungnahme RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Den **Aufwand für die Aufzinsung der Rückstellungen**, die nicht im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft stehen (761 TEUR), haben wir im Zinsergebnis ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG*

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
TEUR						
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bauspargut- haben)	----	----	----	----	----	----
4. Forderungen an Kunden	12.573	34.372	191.321	265.359	39.653	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	----	----	----	----	----	39.018
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.401	3.811	18.946	34.108	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	444	5.916	305	32	----	----
b) andere Verbindlich- keiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	816	4.048	4.194	1.644	----	----
3. Verbriefte Verbind- lichkeiten a) begebene Schuld- verschreibungen	----	----	----	----	----	2.500

* Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

**BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN,
MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen sowie an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene(n) Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	TEUR			
Aktivposten				
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	70	138
Forderungen an Kunden	847	924	19.101	18.384
Insgesamt	847	924	19.171	18.522
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.027	884	-	31
Insgesamt	1.027	884	-	31

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENEN GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2014	31.12.2013
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	944	15.489
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57.944	56.498
Treuhandverbindlichkeiten	1.125	1.400

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
		börsen- notiert	nicht börsen- notiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	179.964	172.597	7.367	179.964
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	270.720	43.488	227.232	270.720

ANTEILSBESITZ

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

a) Verbundene Unternehmen

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	39	1
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	1.534	169

Nach den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2014 betragen bei der IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH die Bilanzsumme 43 TEUR bzw. die Umsatzerlöse 13 TEUR und der Jahresüberschuss 1 TEUR sowie bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG die Bilanzsumme 2.651 TEUR, die Umsatzerlöse 592 TEUR und der Jahresüberschuss 169 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines Konzernabschlusses unterbleiben konnte.

b) Sonstiger Anteilsbesitz von 20 % oder mehr

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapital- einlagenverwaltungsgesellschaft mbH; Battenberg	25	25	1

Bei dem ausgewiesenen Jahresergebnis handelt es sich um das Ergebnis des Jahres 2014. Das Stammkapital der Sparkasse bei dieser Gesellschaft ist Ende 2014 zur Hälfte eingezahlt.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Anschaffungs- kosten	Veränderun- gen des Geschäftsjahrs	Buchwert	
			31.12.2014	31.12.2013
TEUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.648	-23.154	21.322	44.476
Beteiligungen	1.740	784	784	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	12.934	-53	10.552	10.605

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Sonstige Vermögensgegenstände

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögens- gegenstände
	TEUR			
Anschaffungskosten am 1.1.2014	44.945	12.574	464	1.740
Zugänge	241	463	20	-
Abgänge	-	3.268	16	-
Umbuchungen	-	-	-	-1.740
aufgelaufene Abschreibungen	27.136	7.097	430	-
darunter: Abschreibungen des Geschäftsjahrs	1.173	608	49	-
Buchwert am 31.12.2014	18.050	2.672	38	-
Buchwert am 31.12.2013	18.982	3.089	67	784

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit Buchwerten von 6,9 Mio EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

Die Umbuchung bei den Sonstigen Vermögensgegenständen resultiert aus dem geänderten Bilanzausweis von Anteilen an Investmentkommanditgesellschaften. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen im Kapitel A.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Anteilen an Sondervermögen i. S. d. § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2014 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Rentenfonds			
HI-Renten Euro Long/Short Fonds	11.169	-	151
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Diversified 1-3	9.934	-	62
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Diversified 3-5	10.046	-	49
Mischfonds			
A-Nordhausen 2-Fonds (Wertpapier-Spezialfonds)	178.587	11.256	23
HI-Atlas-Fonds	9.926	-	138

Das dargestellte Investmentvermögen unterliegt zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2014	31.12.2013
	TEUR	
Aktivseite		
Agio aus Forderungen	-	8
Disagio aus Verbindlichkeiten	-	7
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	125	160
Agio aus Verbindlichkeiten	-	0

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2014	31.12.2013
	TEUR	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.183	-

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände (Sorten) im Gesamtbetrag von 92 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,53 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,30 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,50 % p. a.

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2013 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
179	248	248	35

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 243 TEUR um Wertpapiere und in Höhe von 5 TEUR um Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung, die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Aktiva 6 bzw. 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 248 TEUR um Rückstellungen für Pensionszusagen, die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Passiva 7a auszuweisen wären.

Sofern für die ausgewiesenen Vermögensgegenstände nach unserer Einschätzung ein aktiver Markt vorliegt, basieren die beizulegenden Zeitwerte auf Börsen- oder sonstigen Marktpreisen.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Ausschließlich für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln waren zum 31. Dezember 2014 im Rahmen zentraler Kreditaktionen Forderungen mit Buchwerten von 51.496 TEUR als Sicherheit übertragen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

In den Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sowie „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

ZINSAUFWENDUNGEN

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 883 TEUR (Vorjahr: 540 TEUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus dem Giroverkehr sowie aus der Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (im Wesentlichen Versicherungen, Bausparverträgen, Immobilien und Wertpapiergeschäft).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 1.489 TEUR (Vorjahr: 1.500 TEUR).

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 636 TEUR (Vorjahr: 572 TEUR).

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. SONSTIGE ANGABEN

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

	Nominalbeträge der Termingeschäfte in TEUR			
	nach Restlaufzeiten			insgesamt
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	14.000	16.000	30.000
insgesamt	-	14.000	16.000	30.000
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-
Kreditderivate				
Credit Default Swaps				
- Sicherungsnehmer	2.000	-	-	2.000
insgesamt	2.000	-	-	2.000
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-

* Gemäß der IDW-Stellungnahme ERS BFA 1 erfolgt die Darstellung ohne Kreditderivate, die als gestellte Kreditsicherheiten eingestuft wurden.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2014	
	31.12.2014	31.12.2013	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps	30.000	46.000	-	3.446
Adressenrisiken				
Credit Default Swaps (Sicherungsnehmer)	2.000	2.000	-	21
Credit Default Swaps (Sicherungsgeber)	2.242	4.258	-	16
Insgesamt	34.242	52.258	-	3.483

Die angegebenen Zinsderivate bestehen ausschließlich zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes der Zinsswaps haben wir mittels Barwertmodell mit Hilfe der Anwendung SimCorp Dimension durchgeführt und dabei die erwarteten zukünftigen Cashflows sowie Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, als Bewertungsparameter verwendet.

Die beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps haben wir mit Hilfe eines anerkannten Bewertungsmodells (BayernLB-Tool) ermittelt, dem als wesentliche Parameter die Ratings der Kreditnehmer zugrunde liegen. Für die Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 39 TEUR unter dem Passivposten 7 (Rückstellungen) ausgewiesen.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgten zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

ANGABEN ZU MITTELBAREN PENSIONSVERPFLICHTUNGEN GEMÄß ART. 28 EGHGB

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK), deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist der Kommunale Versorgungsverband Thüringen in Artern, der das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine zusätzliche Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenver-

sorgung gewährt. Die Höhe der Versorgungszusage beruht auf dem Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells; sie ist insbesondere abhängig von der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt des Arbeitnehmers. Ein Anspruch auf die Betriebsrente besteht nach einer Mindestzugehörigkeit zum öffentlichen Dienst von fünf Jahren. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2014 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter von 9,3 Mio EUR und wurde vollständig von der Sparkasse als Arbeitgeber getragen; er enthält kein Sanierungsgeld. Außerdem wird zum Aufbau eines Kapitalstocks ein Zusatzbetrag von derzeit 4 % erhoben, der jeweils hälftig von der Sparkasse als Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird; eine Änderung des Zusatzbeitrags ist derzeit nicht absehbar. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Artikel 28 Abs. 2 EGHGB kann nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf 505 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2014 36 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 385 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 5.554 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandsmitglieder gewährten Kredite beträgt 438 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Kredite von 2.477 TEUR gewährt.

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	125
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	12
Insgesamt	137

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 1,2 Mio EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Für den Überhang aktiver latenter Steuern wurde das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren zu 98 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen und zu 2 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den sonstigen Wertpapieren. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Wertpapieren und Beteiligungen (59 %) und bei den Rückstellungen (41 %). Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,8 % (Körper-

schaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2014	2013
Vollzeitkräfte	132	139
Teilzeit- und Ultimokräfte	93	93
	225	232
Auszubildende	14	17
Insgesamt	239	249

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzende

Birgit Keller - bis 05.12.2014
Landrätin des Landkreises Nordhausen

Stellvertretende Vorsitzende

Egon Primas
Mitglied des Thüringer Landtages

Barbara Rinke - bis 08.09.2014
Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen

Klaus Hummitzsch - ab 09.09.2014
Bürgermeister a.D. der Einheitsgemeinde Werther

Mitglieder

Doris Apel - bis 08.09.2014
Sachbearbeiterin bei der Kreistagsfraktion der SPD

Ronald Heinemann
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Malerei- und Einzelhandelsunternehmens

Bianca Hillebrecht
Sparkassenangestellte; Gruppenleiterin Geschäftskundenbetreuung

Klaus Hummitzsch - bis 08.09.2014
Bürgermeister a.D. der Einheitsgemeinde Werther

Hans-Joachim Klapproth - bis 08.09.2014
Sparkassenangestellter; Gruppenleiter Wohnungsbaufinanzierung

Jutta Krauth - ab 06.12.2014
Erste Beigeordnete des Landkreises Nordhausen

Andreas Kruse - bis 08.09.2014
Handwerksmeister und Inhaber eines Handwerksbetriebs Heizung, Lüftung, Sanitär

Matthias Marquardt - ab 09.09.2014
Sparkassenangestellter; Kundenberater Sparkassenfiliale Ellrich

Ute Müller
Sparkassenangestellte; Leiterin Sparkassenfiliale Kornmarkt

Niels Neu - ab 09.09.2014
Geschäftsführer bzw. Inhaber einer Wirtschaftsberatungs- und Immobiliengesellschaft sowie eines Tiefbauunternehmens

Reiner Pommer - ab 09.09.2014
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Unternehmens zur Elektrizitätserzeugung

Barbara Rinke - ab 09.09.2014
Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen

Vorstand

Vorsitzender

Wolfgang Asche

Mitglied

Thomas Seeber

Nordhausen, 24. April 2015

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Nordhausen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreissparkasse Nordhausen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kreissparkasse Nordhausen sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kreissparkasse Nordhausen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 15. Mai 2015

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Alles
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Nordhausen hat den Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2014 am 1. Juli 2015 festgestellt.

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche Seeber

